

# Challenges of Europe 2011

Economic stability / recovery :: Crime rate :: Family policy :: Environmental protection :: Health care :: Youth unemployment :: Education :: Politics :: Taxes





Copyright GfK Verein

Nachdruck, Weitergabe etc. – auch auszugsweise – sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des GfK Vereins gestattet

Verantwortlich: Dr. Raimund Wildner

GfK Verein  
Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V.

Nordwestring 101, 90419 Nürnberg  
Tel.: (0911) 395-2231 und 2368 – Fax: (0911) 395-2715

E-mail: [info@gfk-verein.org](mailto:info@gfk-verein.org)  
Internet: <http://www.gfk-verein.org>

# Challenges of Europe 2011

**GfK Marktforschung:  
Birgit Müller  
Elke Nagel**

**GfK Verein:  
Ronald Frank**

**Inhaltsverzeichnis  
Seite**

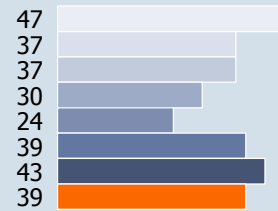
<b>Die Herausforderungen in Europa</b>	<b>4</b>
<b>Die Besonderheiten der einzelnen Länder</b>	
Deutschland	16
Italien	27
Frankreich	30
Polen	33
Österreich	36
Großbritannien	39
Belgien	42
Russland	45
Spanien	48
Niederlande	51
Schweden	54
Wirtschaftsindikatoren im Überblick/Anhang	57



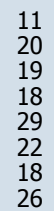
# Die Herausforderungen der Europäer - Top 10

Zusammenfassung aller Länder; nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet; (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

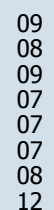
## Arbeitslosigkeit



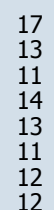
## Preis-/Kaufkraftentwicklung



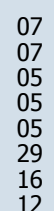
## Politik/Regierung



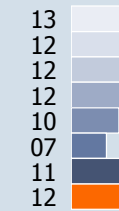
## Kriminalität



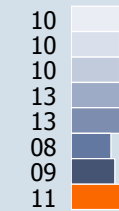
## Wirtschaftliche Stabilität



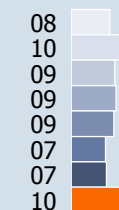
## Gesundheitswesen



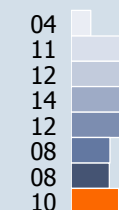
## Renten/ Altersversorgung



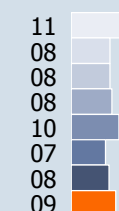
## Bildungspolitik



## Wohnungsproblem/ Mieten



## Zuwanderung/ Integration



\*ab 2005 inkl. Russland;  
 \*\*ab 2006 inkl. Belgien;  
 \*\*\*ab 2010 inkl. Schweden

2004 2005\* 2006\*\* 2007 2008 2009 2010\*\*\* 2011



# Die Top-10-Herausforderungen der Europäer im Vergleich

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

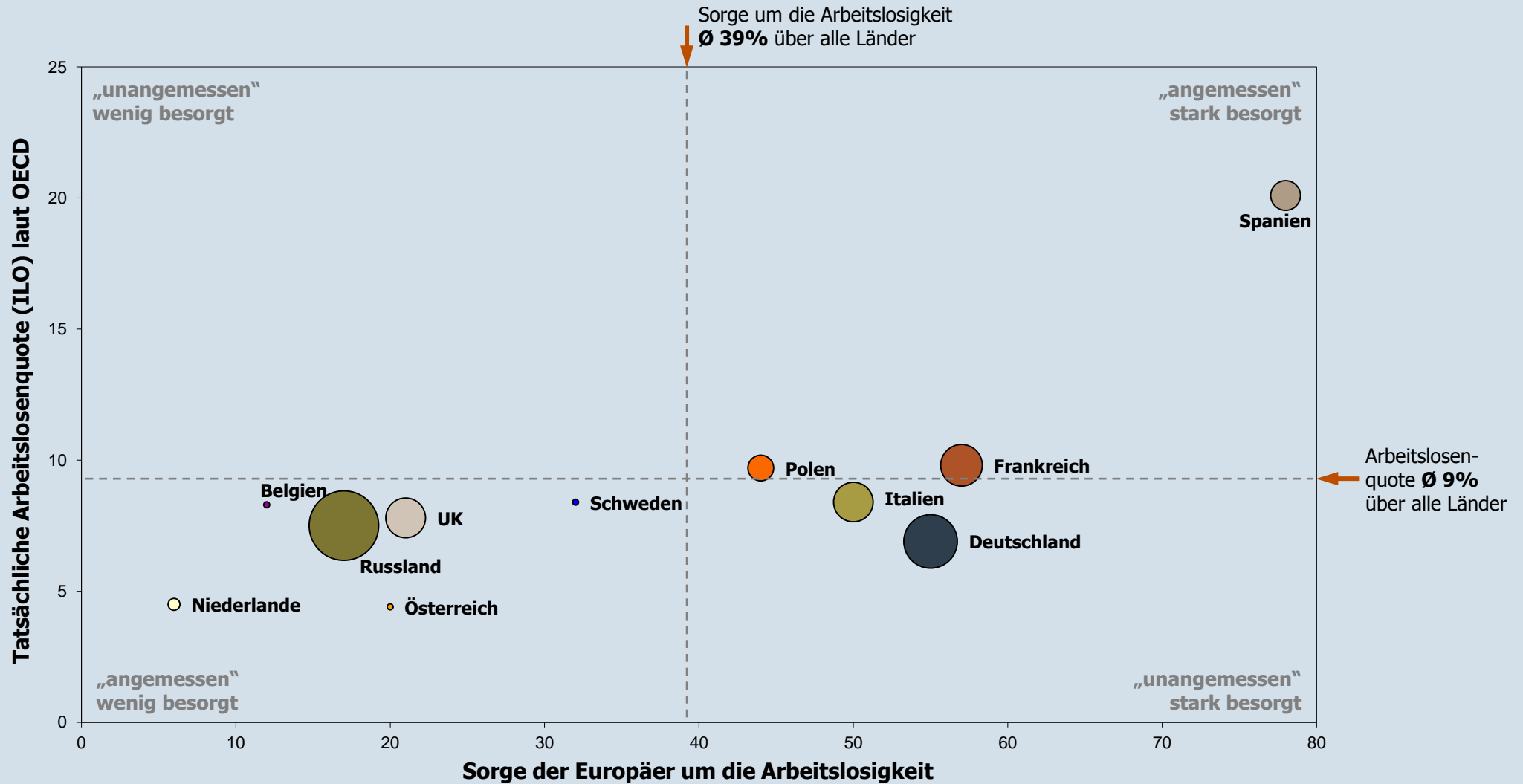
**Gesamt**           

	Gesamt	Deutschland	Italien	Frankreich	Polen	Österreich	Großbritannien	Belgien	Russland	Spanien	Niederlande	Schweden
Arbeitslosigkeit	39	55	50	57	44	20	21	12	17	78	6	32
Preis-/Kaufkraftentwicklung	26	33	15	27	31	14	14	15	42	5	5	1
Politik/Regierung	12	12	33	10	12	15	13	57	3	9	5	1
Kriminalität	12	17	23	22	2	6	14	9	4	4	22	1
Wirtschaftliche Stabilität	12	14	22	6	4	8	19	6	4	30	5	4
Gesundheitswesen	12	19	15	9	23	8	10	3	9	4	11	8
Renten/Altersversorgung	11	17	9	12	15	15	1	9	15	5	1	3
Bildungspolitik	10	23	7	9	4	19	12	1	8	4	13	7
Wohnungsproblem/Mieten	10	2	1	12	5	2	5	2	25	5	2	2
Zuwanderung/Integration	9	16	26	4	0	22	14	14	1	3	12	8



# Gegenüberstellung der Sorge der Europäer um die Arbeitslosigkeit mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote (ILO) in %

(Sorge um die Arbeitslosigkeit: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

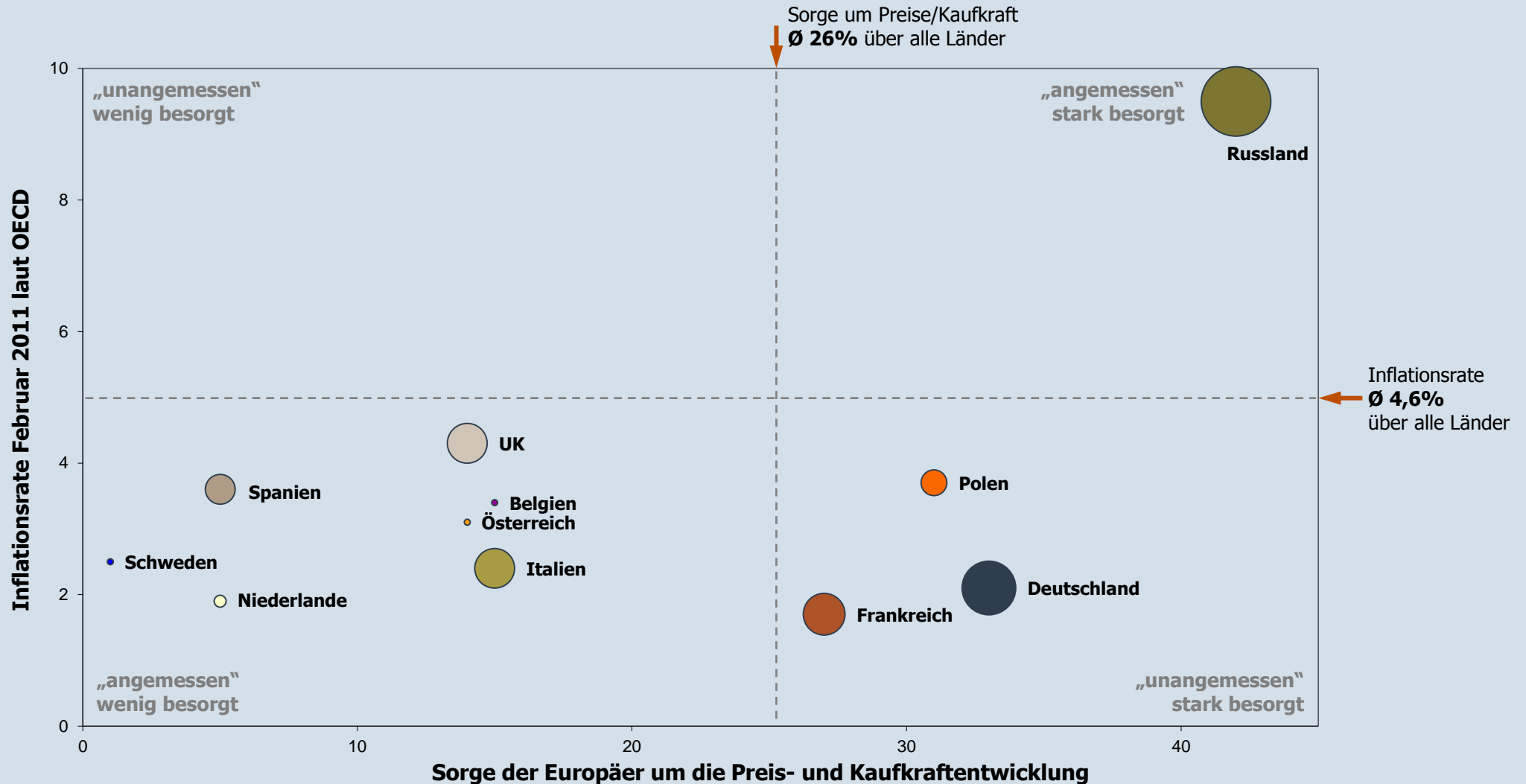


Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil



# Gegenüberstellung der Sorge der Europäer um die Preis- und Kaufkraftentwicklung mit der tatsächlichen Inflationsrate (Februar 2011) in %

(Sorge um die Preis-/Kaufkraftentwicklung: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

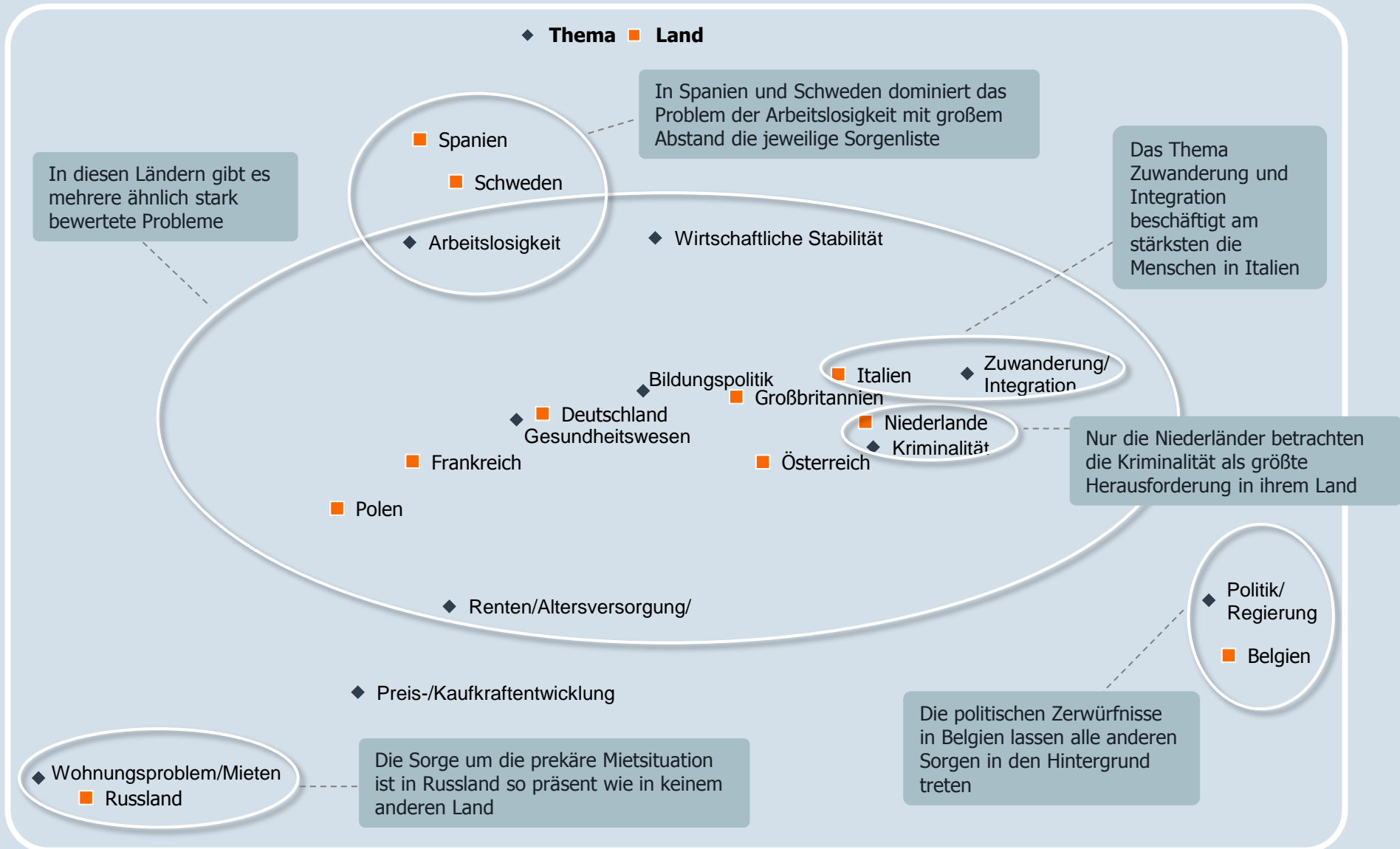


Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil



# Die Top-10-Herausforderungen der Europäer im Vergleich – grafische Darstellung

(Mapping berechnet auf Basis einer Korrespondenzanalyse)

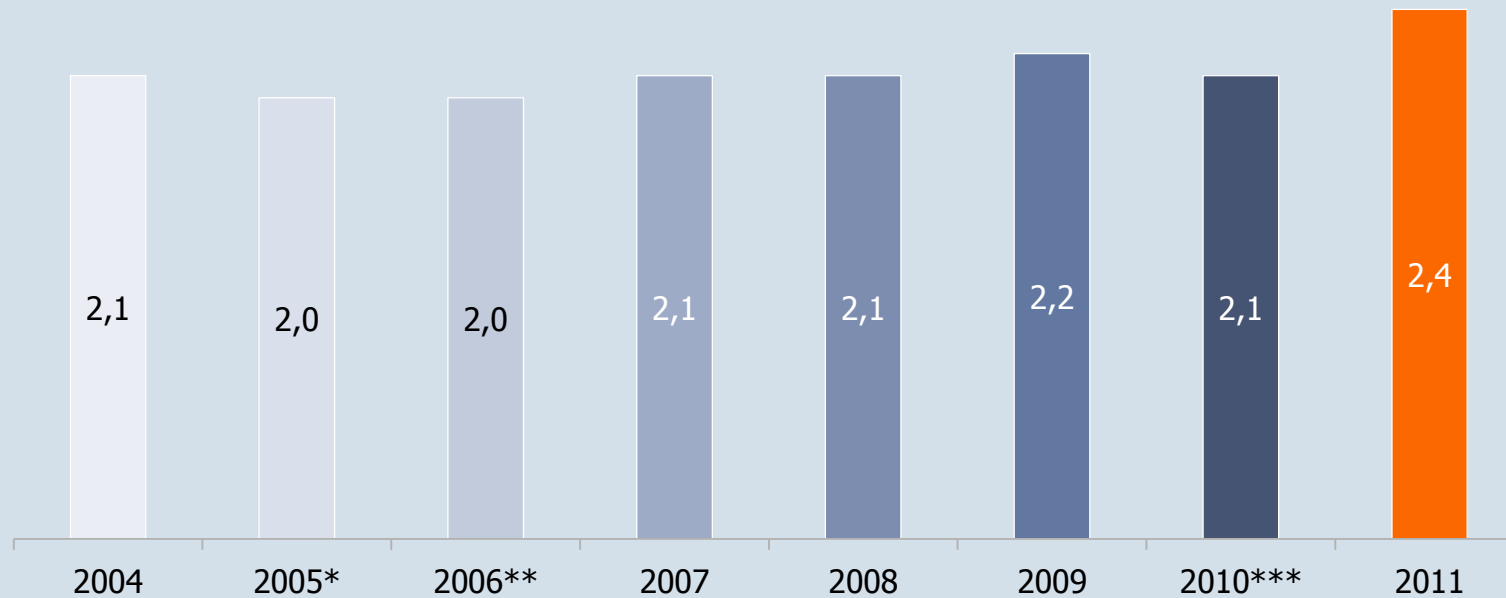






# Problemvielfalt in Europa

Anzahl der genannten Probleme pro Person; Zusammenfassung aller Länder; nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet

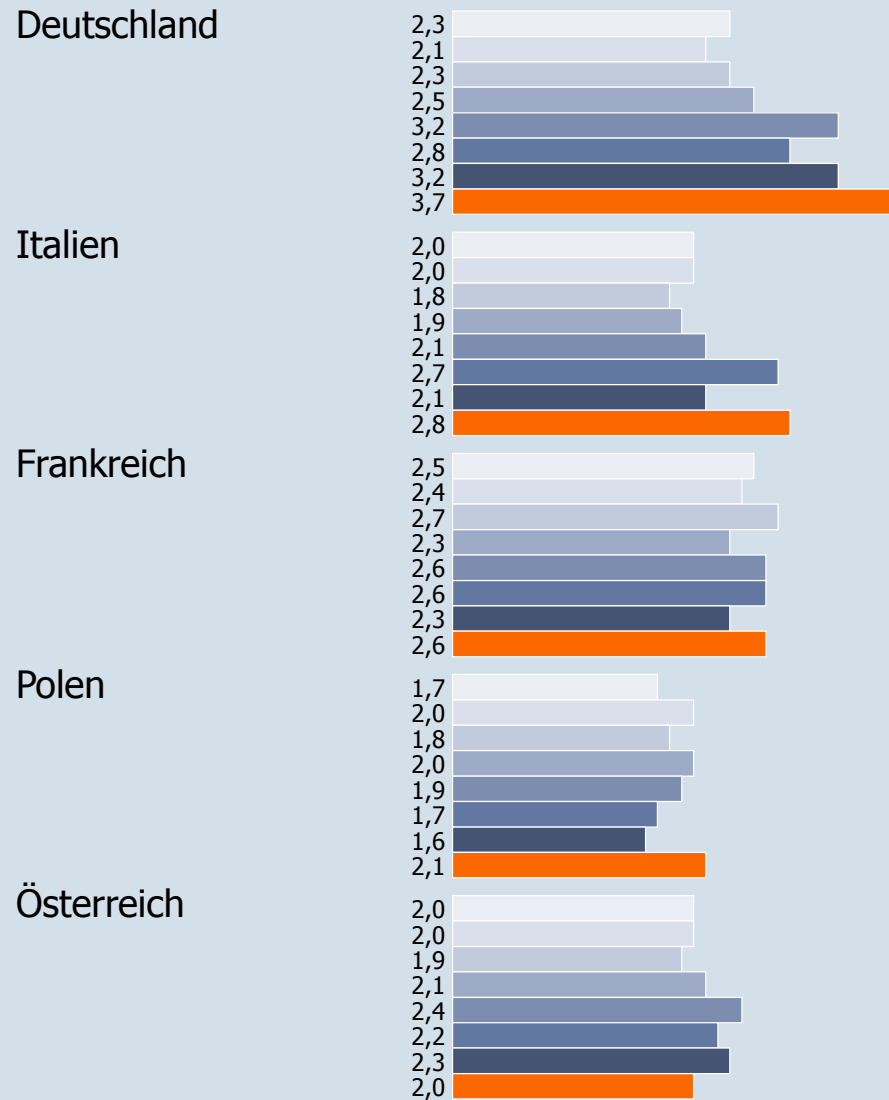


\*2005 inkl. Russland; \*\*ab 2006 inkl. Belgien; \*\*\*ab 2010 inkl. Schweden



# Problemvielfalt im europäischen Vergleich

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land



2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011



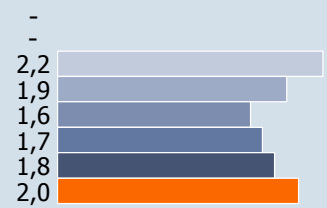
# Problemvielfalt im europäischen Vergleich

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land

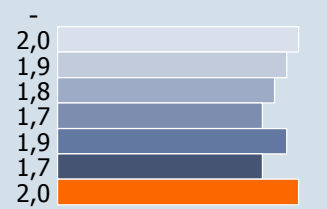
Großbritannien



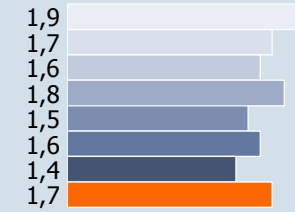
Belgien



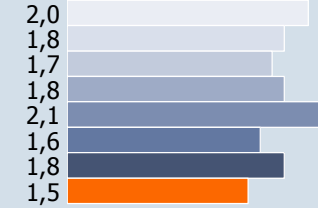
Russland



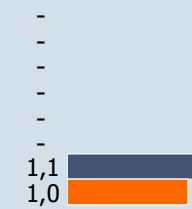
Spanien



Niederlande



Schweden

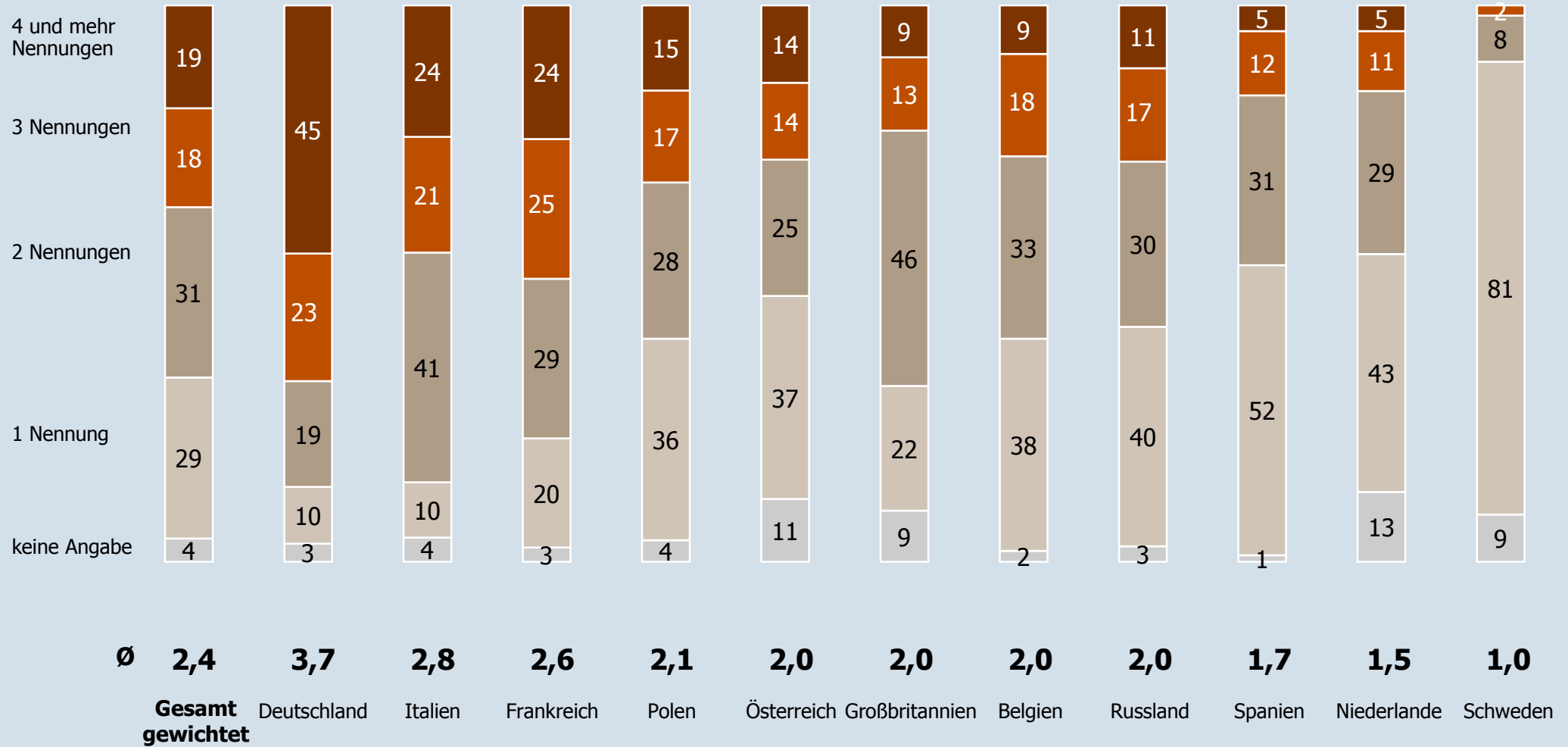


2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011



# Anzahl der Nennungen im europäischen Vergleich

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land in %





## Europa – zentrale Ergebnisse (1)

- Das **Untersuchungsgebiet** der „Challenges of Europe“-Studie umfasst seit dem Jahr 2010 insgesamt 11 Länder: Deutschland, Italien, Frankreich, Polen, Österreich, Großbritannien, Belgien, Russland, Spanien, die Niederlande und Schweden.
- Stellvertretend für Europa wurden in diesen Ländern 13.331 Bürgerinnen und Bürger befragt. Ihre Antworten repräsentieren die gesellschaftlichen und politischen Sorgen von etwa 455 Millionen Menschen. Um eine **gesamteuropäische Betrachtung** zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse der einzelnen Länder nach dem jeweiligen Anteil der Bevölkerung gewichtet zusammengefasst.
- Den Spitzenplatz auf der europäischen Sorgenliste belegt auch 2011 wieder die **Arbeitslosigkeit** mit aktuell 39%. Durch einen Rückgang um vier Prozentpunkte zum Vorjahr wird wieder das Niveau von 2009 erreicht. Die mit Abstand stärkste Präsenz hat das Thema in Spanien, hier sorgen sich gut drei Viertel der Bürger über die Lage auf dem Arbeitsmarkt. In Frankreich und Deutschland ist jeweils mehr als die Hälfte der Menschen beunruhigt, in Italien ist es genau die Hälfte. In Polen wünschen sich 44% eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation, in Schweden 32%. Deutlich geringere Relevanz wird dem Thema Arbeitslosigkeit in Österreich, Großbritannien und Russland mit Werten um die 20%-Marke beigemessen. In Belgien sind 12% besorgt und in den Niederlanden machen sich nur 6% Gedanken über die Arbeitslosigkeit im Land.
- Größer geworden ist die Besorgnis der Europäer um die **Preise** und die **Kaufkraft**: Nach kontinuierlichen Rückgängen seit 2008 sorgen sich in diesem Jahr 26% der Europäer, das sind 8 Prozentpunkte mehr als 2010. Damit rangiert das Thema weiterhin auf Platz 2. Am stärksten beunruhigt die Inflation die Menschen in Russland, 42% sind hier besorgt. In Deutschland und Polen sorgt sich jeweils jeder Dritte, in Frankreich jeder Vierte. Im „Mittelfeld“ mit etwa 15% liegen Italien, Belgien, Österreich und Großbritannien. Dagegen spielt das Thema in Spanien und den Niederlanden mit jeweils 5% eine eher untergeordnete Rolle, noch weniger in Schweden mit nur 1% besorgter Bürger.



## Europa – zentrale Ergebnisse (2)

- Auf dem gleichen Niveau wie 2010 liegen aktuell mit jeweils 12% der Nennungen die Plätze drei bis sechs auf der europäischen Sorgenliste, die Entwicklung der Problembereiche ist jedoch verschieden:
- An Brisanz gewonnen hat für die Europäer das Thema **Politik** und **Regierung** mit einer Zunahme um vier Prozentpunkte. Das zeigt sich auch an der Rangfolge, denn nach Platz 7 im Vorjahr hat sich das Thema 2011 an die dritte Stelle vorgeschoben. Am besorgtesten zeigen sich die Belgier, hier kritisiert gut die Hälfte der Bürger die politische Führungslosigkeit. In Italien ist der Unmut ebenfalls sehr groß, jeder dritte Bürger ist beunruhigt.
- Unverändert auf Platz vier der Sorgenliste steht 2011 das Thema **Kriminalität**. Vor allem in Italien, Frankreich und den Niederlanden wird die innere Sicherheit bemängelt und eine verstärkte Bekämpfung von Verbrechen gefordert, und zwar jeweils von knapp einem Viertel der Bürger.
- Um zwei Plätze auf der europäischen Sorgenliste abgestiegen ist die Besorgnis über die **wirtschaftliche Stabilität** und liegt damit auf Rang 5. Auch die Beunruhigung insgesamt hat von 16% auf 12% abgenommen, schon zum zweiten Mal in Folge. Doch in einigen Ländern ist die Sorge um die konjunkturelle Entwicklung nach wie vor relativ groß: So ist knapp ein Drittel der Spanier und jeweils etwa ein Fünftel der Italiener und Briten beunruhigt.
- Über das **Gesundheitswesen** sind 2011 ebenfalls 12% der Europäer besorgt (+ 1 Prozentpunkt), damit belegt das Thema nahezu unverändert Rang 6 nach Platz 5 im letzten Jahr. Mit 23% zeigen sich hier die Polen am meisten besorgt über die gesundheitliche Versorgung, dicht gefolgt von den Deutschen mit 19%.
- Um zwei Prozentpunkte auf 11% angestiegen, aber einen Platz auf Rang 7 der Sorgenliste abgerutscht, ist 2011 der Themenkomplex um die **Renten** und die **Altersversorgung**. Am besorgtesten zeigen sich hier die Deutschen (17%) sowie die Menschen in Polen, Österreich und Russland mit jeweils 15%.



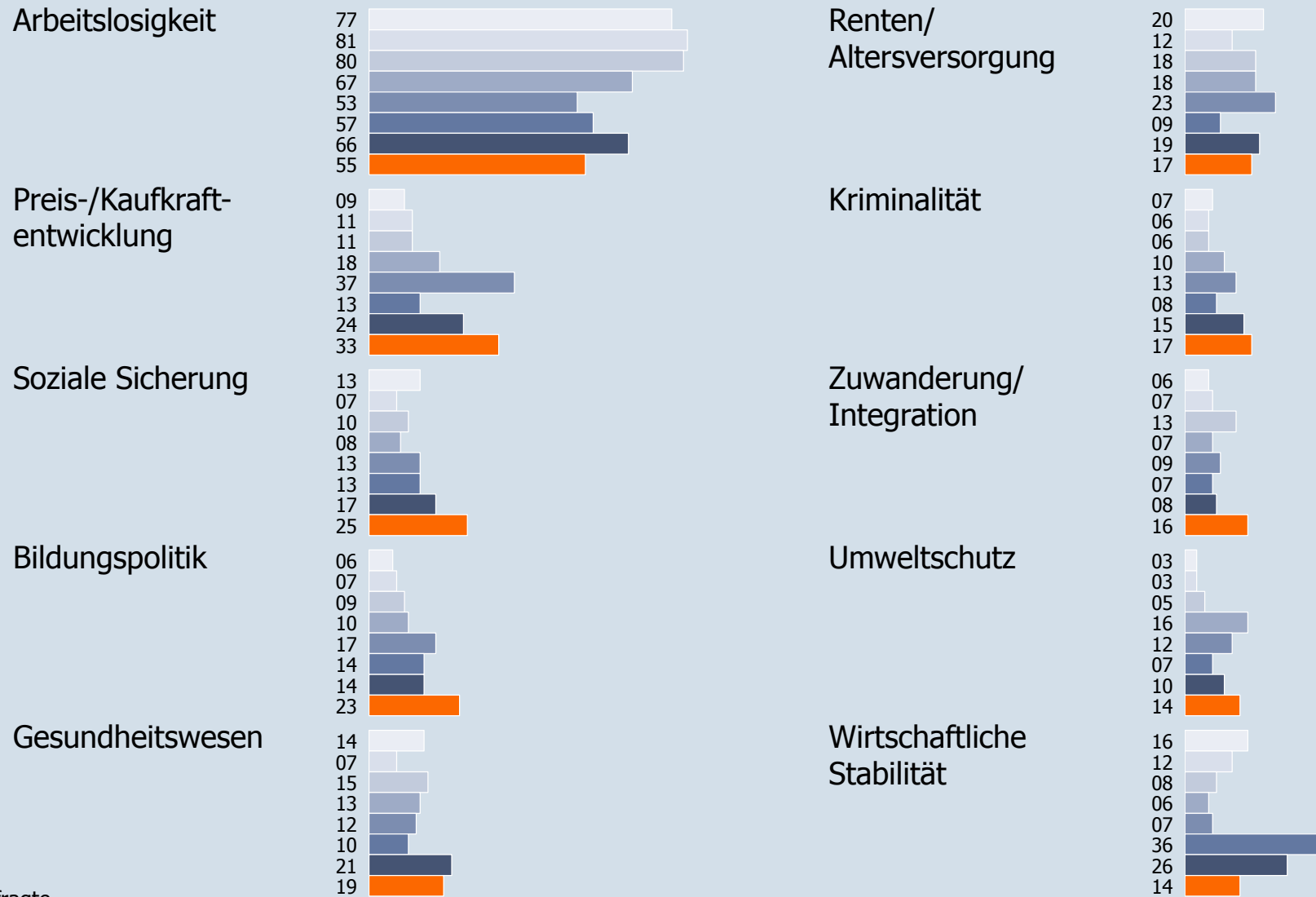
## Europa – zentrale Ergebnisse (3)

- Lauter wird 2011 in Europa die Kritik an der **Bildungspolitik** mit einem Anstieg um 3 Prozentpunkte auf 10% geäußert. Damit landet das Thema auf Platz acht der europäischen Sorgenliste - letztes Jahr bildete es noch das Schlusslicht. Am wichtigsten ist das Thema den Deutschen mit 23%, danach kommen die Österreicher mit 19%. In den Niederlanden und Großbritannien liegt die Besorgnis ebenfalls über dem 10%-Niveau.
- Die Unzufriedenheit mit den **Wohnungen** und den **Mieten** steht an neunter Stelle der Sorgenliste, nach Platz 8 im Vorjahr und einer Zunahme von 8 auf 10%. Hier sticht vor allem die Besorgnis der Menschen in Russland hervor – jeder Vierte empfindet die Wohnungssituation als verbesserungsbedürftig. Doch auch in Frankreich liegt die Besorgnis im zweistelligen Bereich.
- Um einen Platz abgestiegen ist die europäische Besorgnis über die **Zuwanderung** und die **Integration**: Das Thema liegt 2011 mit 9% (+1) auf dem letzten Platz der europäischen Top-Ten. Besonders beunruhigt sind die Bürger in Italien und Österreich, hier ist in etwa jeder Vierte besorgt. Doch auch in Deutschland, Großbritannien, Belgien und den Niederlanden zeigt sich mit Werten zwischen 16% und 12% Handlungsbedarf.
- Ebenso verschieden wie die Gewichtung der einzelnen Themen in den Ländern ist die jeweilige **Problemvielfalt**: Die Anzahl der Probleme, die die Bürger in dem jeweiligen Land beschäftigen, variiert zwischen 1,0 und 3,7 Nennungen. Durchschnittlich wurden von jedem Befragten länderübergreifend 2,4 Probleme angeführt, nach 2,1 Themen im letzten Jahr zeigt sich eine deutlich gewachsene Besorgnis. Am kritischsten im europäischen Vergleich sind die Deutschen mit durchschnittlich 3,7 genannten Themen pro Person. An zweiter Stelle stehen die Italiener, die sich mit 2,8 Nennungen in diesem Jahr noch vor die Franzosen mit 2,6 geäußerten Themen geschoben haben. In diesen drei Ländern machen sich die Menschen Gedanken über weit mehr Themen als noch 2010, das ist auch in Polen, Belgien, Russland und Spanien so. Am wenigsten Sorgen werden wie schon im Vorjahr in Schweden genannt – im Durchschnitt äußert hier jeder Bürger gerade einmal eine Sorge.



# Die Herausforderungen in Deutschland 2004-2011, Top 10

... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2011: 2.076 Befragte

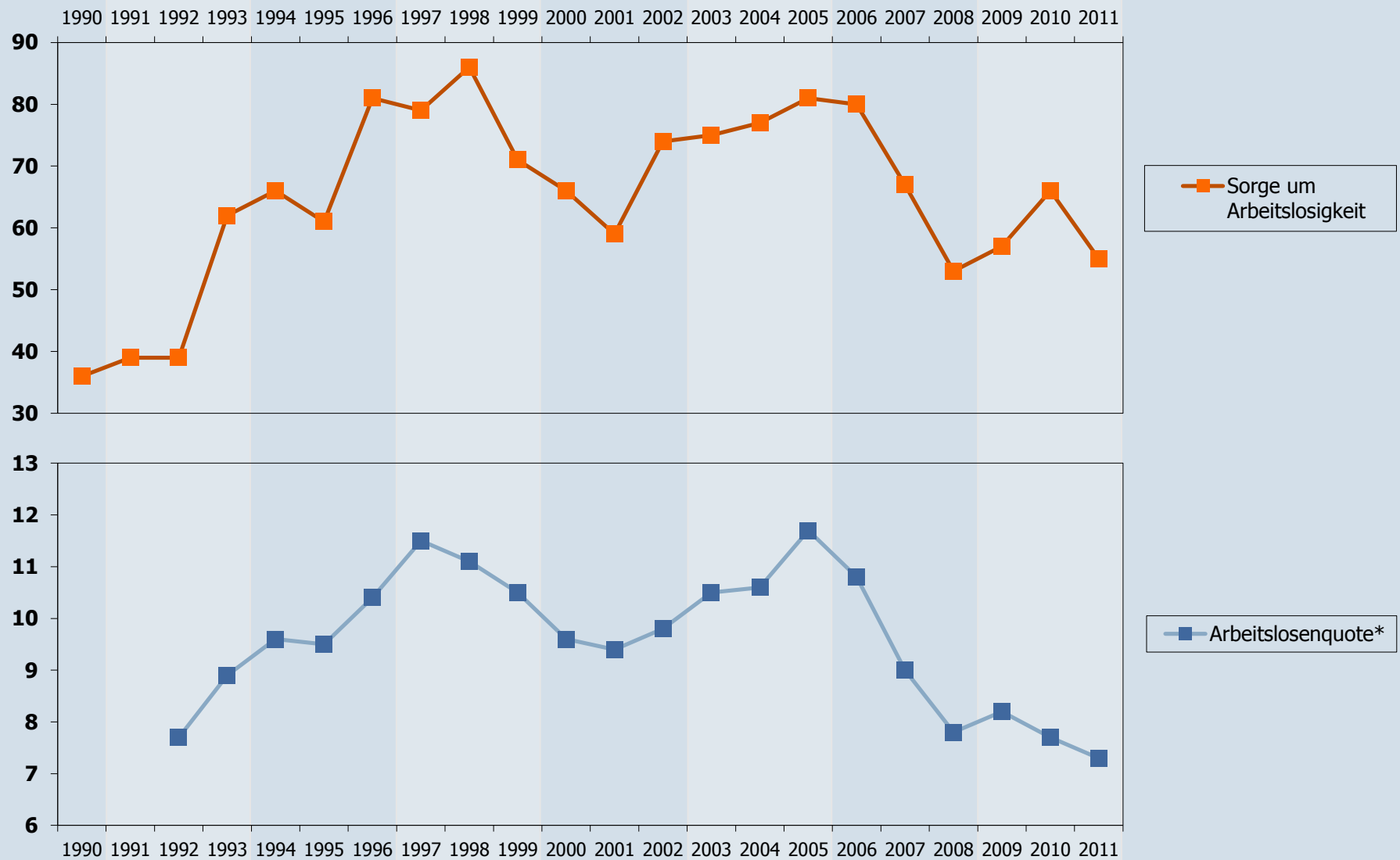
2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011





# Arbeitslosigkeit in Deutschland 1990-2011, Platz 1: Gegenüberstellung von Besorgnis und Arbeitslosenquote

... % der Befragten nannten Arbeitslosigkeit als dringlichste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



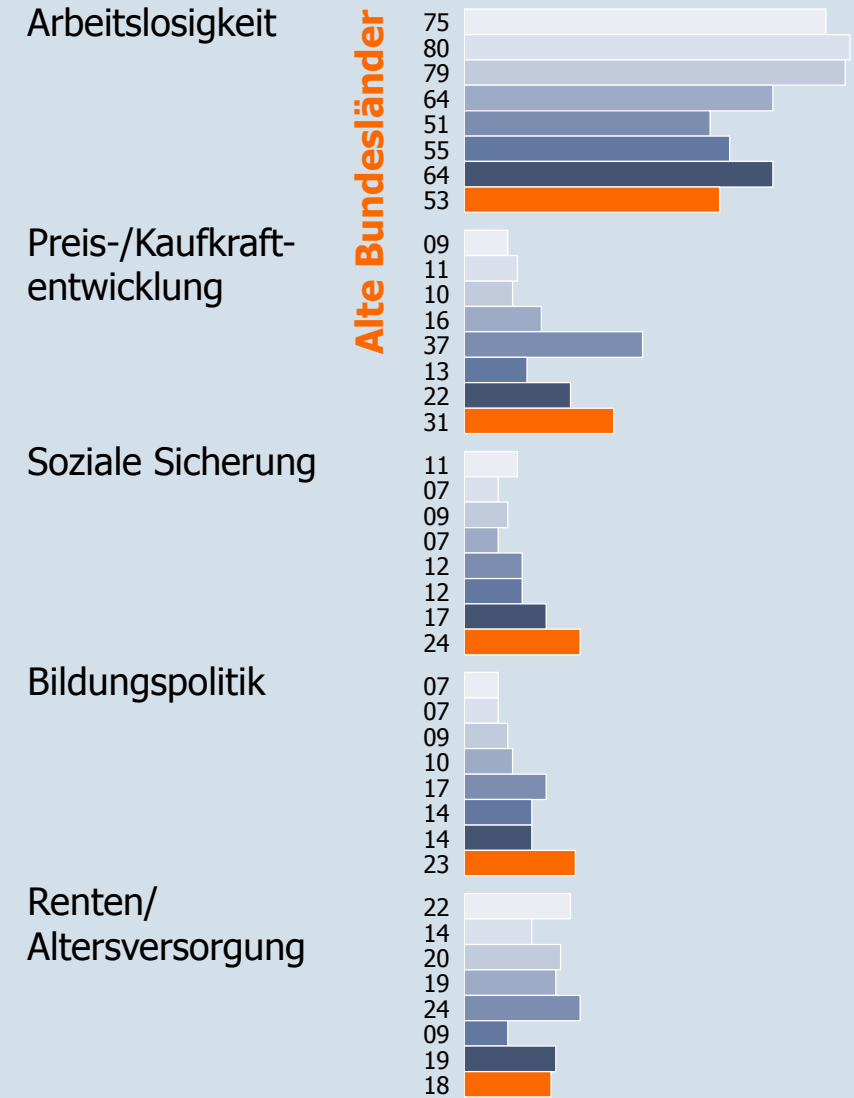
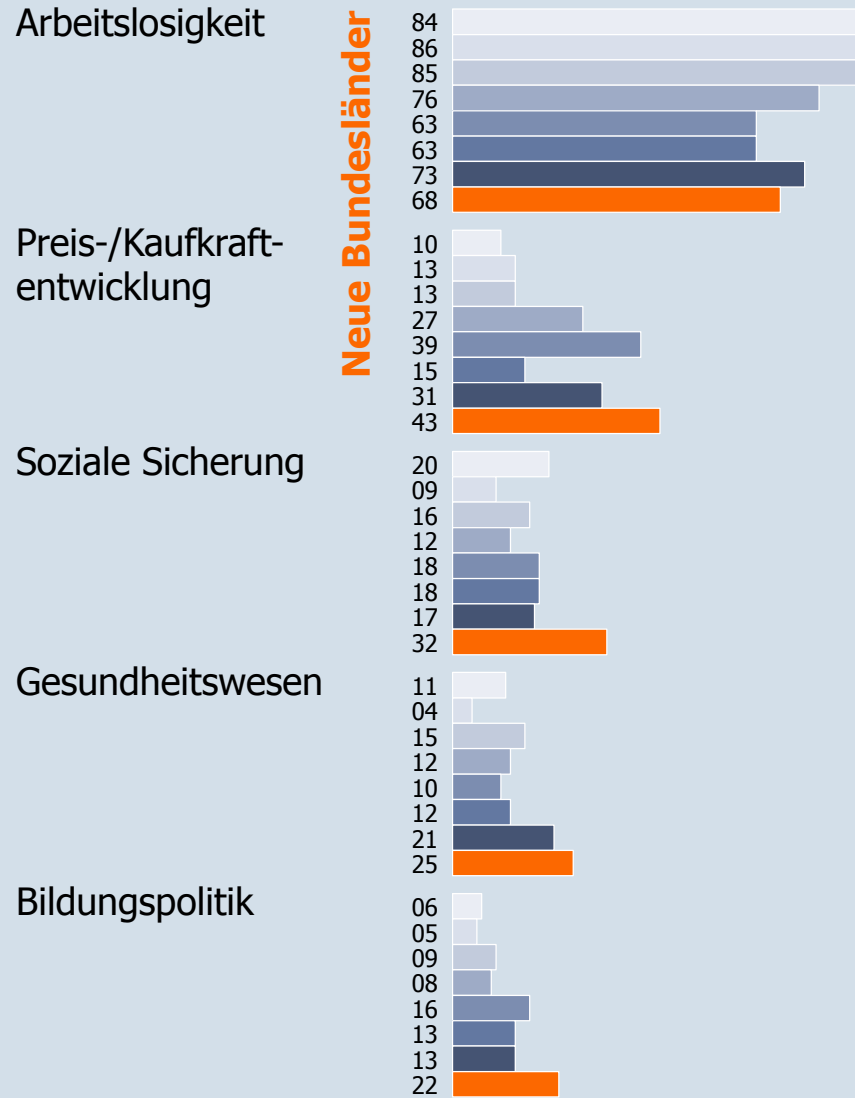
\*Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen, saisonbereinigt, Quelle: Deutsche Bundesbank



# Die Herausforderungen in Deutschland

## Neue und alte Bundesländer 2004-2011 Top 5

... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

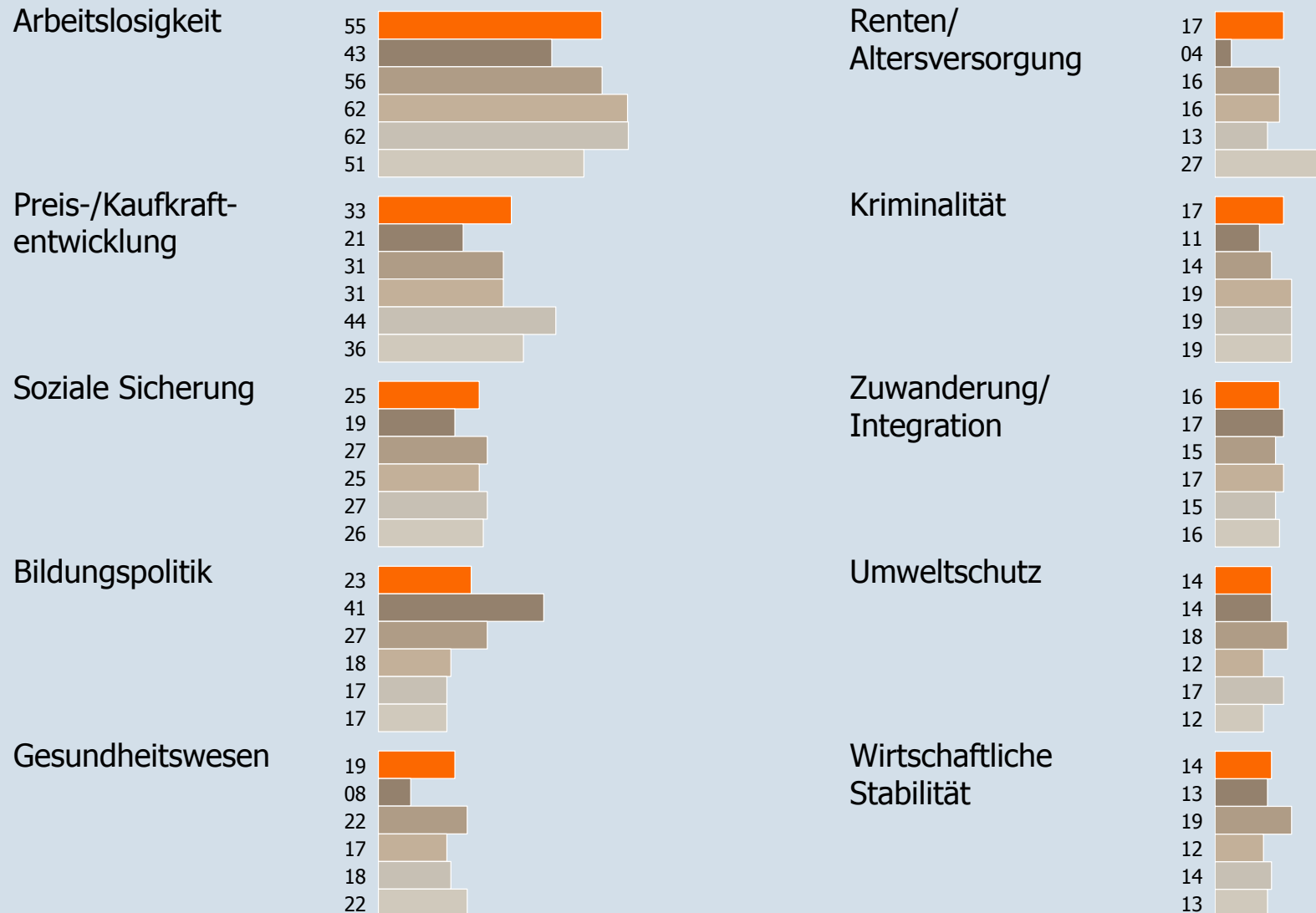


2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011



# Die Herausforderungen in Deutschland Nach Lebenswelten 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



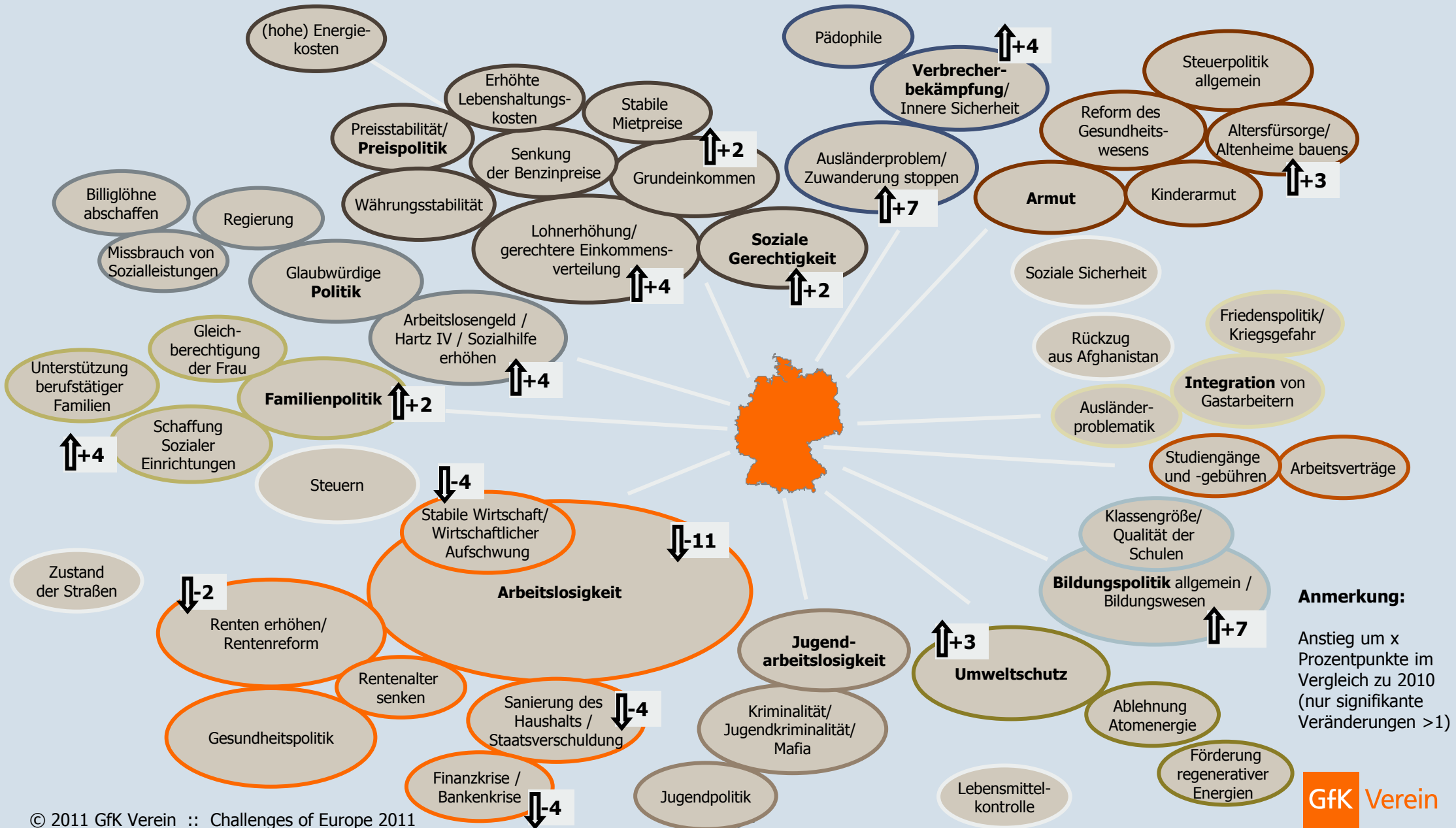
Basis 2011: 2076 Befragte

■ Gesamt 
 ■ Studierende/ in Ausbildung Befindliche 
 ■ Gehobene soziale Schichten 
 ■ Mittlere soziale Schichten 
 ■ Einfache Lebenslage 
 ■ Ältere Männer und Frauen im Ruhestand



# Die Herausforderungen in Deutschland 2011

## Analyse des „Semantischen Netzes“



**Anmerkung:**  
Anstieg um x  
Prozentpunkte im  
Vergleich zu 2010  
(nur signifikante  
Veränderungen >1)



## Deutschland – zentrale Ergebnisse (1)

- Spitzenreiter auf der deutschen Sorgenliste ist weiterhin die **Arbeitslosigkeit**, erfreulicherweise ist aber die Besorgnis deutlich zurückgegangen. 2011 benennen 55% der Deutschen den Mangel an Arbeitsplätzen als die wichtigste Aufgabe im Land, nach 66% im Vorjahr. In der schweren Rezession 2009 konnte die Zahl der Kündigungen - auch durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie etwa die Kurzarbeit oder Arbeitszeitkonten – vergleichsweise gering gehalten werden und die Erwerbstätigkeit ging nur leicht zurück. Im Zuge der kräftigen Konjunkturerholung ist die Beschäftigung im letzten Jahr wieder spürbar angestiegen und die Arbeitslosenquote laut OECD von 7,5% in 2009 auf 6,5% im Januar 2011 zurückgegangen. Nachdem das BIP im Krisenjahr 2009 gemäß EUROSTAT mit einem Minus von knapp 5% eingebrochen war, zog die Wirtschaft im letzten Jahr wieder spürbar an. Mit einem erzielten Wachstum von 3,6% erweist sich Deutschland derzeit als „Konjunktur-Lokomotive“ Europas, auch wenn die Auswirkungen der Krise damit noch nicht vollständig kompensiert sind. Ähnlich bewerten auch die Bürger die Situation: Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** geht zum zweiten Mal in Folge zurück, und zwar von 36% in 2009 über 26% im letzten Jahr auf aktuell nur noch 14%. Das bedeutet Platz 10 auf der Agenda. Aber die Bürger sehen offenbar auch gewisse Risiken für den Aufschwung, wie steigende Energiepreise oder auch die geopolitische Lage, denn in den Jahren vor der Krise lag die Besorgnis unterhalb der 10%-Marke. Prognosen zufolge wird sich das Wachstum – wenn auch leicht abgeschwächt – fortsetzen: Für 2011 werden nun knapp 3% erwartet. Möglicherweise wird sich dann die Lage weiter beruhigen.
- Die Sorge um die **Preise** und die **Kaufkraft** hat dagegen um neun Prozentpunkte zugenommen. Mit 33% nimmt das Thema den zweiten Platz auf der Sorgenliste ein. Ein ähnlich hohes Niveau wurde zuletzt 2008 erreicht. Das Ausmaß der Besorgnis in den letzten Jahren spiegelt die Preisentwicklung wider. Laut OECD ist die Inflationsrate von 2,6% in 2008 auf äußerst moderate 0,4% in 2009 zunächst gesunken. Allerdings stiegen die Preise im Laufe des letzten Jahres wieder an, im Februar 2011 wurde wieder eine Teuerungsrate von 2,1% gemessen, wofür in erster Linie steigende Energie- und auch Lebensmittelpreise verantwortlich sind. Doch an der Preisentwicklung alleine lässt sich die große Beunruhigung nicht festmachen. Die anhaltenden Diskussionen um die Schuldenkrise im EURO-Raum und die damit einhergehenden Sorgen um die Stabilität der gemeinsamen Währung haben wohl zusätzlich für Beunruhigung gesorgt.



## Deutschland – zentrale Ergebnisse (2)

- Enorm an Brisanz gewonnen hat 2011 die Sorge um die **soziale Sicherheit**. Mit einem sprunghaften Anstieg um 8 Prozentpunkte zeigt sich ein Viertel der Deutschen besorgt, das ist der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Vor allem die langwierige Diskussion um die Neuberechnung der Hartz IV-Sätze hat dieses Thema nach vorne katapultiert. Nachdem Anfang 2010 die Berechnung der Regelsätze für Hartz IV für verfassungswidrig erklärt wurde, konnte erst im März 2011 – nach Abschluss der Befragung – ein Kompromiss verabschiedet werden, der eine schrittweise Anhebung der Regelsätze für Erwachsene um insgesamt 8 EURO und ein Bildungspaket für Kinder beinhaltet. Kritikern zufolge wird auch diese Neuregelung einer Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht nicht standhalten können und die erneut notwendigen Anpassungen der Regelsätze würden Löcher in die Kasse der Bundesagentur für Arbeit reißen.
- Die **Bildungspolitik** ist ein Thema, das die Deutschen früher kaum bewegt hat, mittlerweile aber zum Dauerbrenner geworden ist. Mit einem Zuwachs um 9 Prozentpunkte sind in diesem Jahr 23% alarmiert über den Zustand der Bildung im Lande. Das ist ein neuer Rekordwert und bedeutet Platz vier auf der Sorgenliste. Dabei hatte die neueste Pisa-Studie Ende 2010 ergeben, dass die deutschen Schüler sich in allen Disziplinen verbessert haben. Doch gerade im internationalen Vergleich, bei dem Deutschland trotz der Verbesserungen immer noch deutlich hinter dem Spitzenfeld liegt, hat die Menschen für dieses Thema sensibilisiert. Zudem verlassen immer noch circa 8% eines Jahrgangs die Schule ohne einen Abschluss. Darüber hinaus wird in den Medien verstärkt über den zu erwartenden Ansturm auf die Universitäten berichtet, bedingt durch den doppelten Abiturjahrgang 2011 und die Abschaffung der Wehrpflicht zur Jahresmitte. Und auch die Diskussionen um einen drohenden Fachkräftemangel dürften die Wahrnehmung für dieses Thema verschärft haben.
- Das **Gesundheitswesen** gehört in diesem Jahr zu den wenigen Sorgen, die nicht ansteigen. Mit 19% geht die Beunruhigung sogar leicht zurück, doch das Niveau ist nach wie vor sehr hoch. Grund dafür sind vermutlich weitere drohende Belastungen durch die letztjährige Gesundheitsreform. Als wichtigste Neuerung für die Bürger wurde den Krankenkassen die Möglichkeit eingeräumt, einkommensunabhängige und unbegrenzte Zusatzbeiträge zu erheben. Darüber hinaus wurde zum 1. Januar 2011 der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 14,9% auf 15,5% angehoben. Kombiniert mit Leistungskürzungen aufgrund der angespannten Finanzlage der Krankenkassen, ist die Besorgnis nachvollziehbar.



## Deutschland – zentrale Ergebnisse (3)

- Nachdem die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung** von 2009 auf 2010 um 10 Prozentpunkte angestiegen war, verliert das Thema 2011 wieder ein wenig an Bedeutung. Von Entwarnung kann aber bei 17% Unzufriedenen noch keine Rede sein. Zwar wurde bereits Anfang des Jahres angekündigt, dass es 2011 keine Nullrunde bei den Renten geben wird, aber es wird, wie jetzt bekannt wurde, zu einer „reduzierten Rentenanpassung“ kommen. Zur Jahresmitte werden die Renten im Durchschnitt um knapp 1% angehoben. Rein rechnerisch hätte sich eine stärkere Erhöhung ergeben, hier wirkt die Rentengarantie nach, die 2010 ein Absinken der Renten aufgrund einer rückläufigen Lohn- und Gehaltsentwicklung durch die Wirtschaftskrise verhindert hat. Real wird von der Rentenerhöhung angesichts der steigenden Inflation allerdings kaum etwas übrig bleiben.
- Verdoppelt hat sich die Wahrnehmung des Themas **Zuwanderung** und **Integration**, mit 16% erreicht die Besorgnis ein Ausmaß wie seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr. Damals wurde die Asylpolitik kritisiert, heute lässt eher die Integrationsdebatte die Wogen hochschlagen. Prominentestes Beispiel sind die hitzigen Debatten um Sarrazins umstrittene und viel zitierte Thesen, die insbesondere türkisch- und arabischstämmigen Bürgern eine gewisse „Integrationsverweigerung“ vorwerfen. Dabei ist der Themenkomplex vielschichtig, denn im Gegenzug fordern Arbeitgeberverbände bereits einfachere Regelungen für die Zuwanderung, da sonst der Fachkräftemangel zunehmen würde.
- Nachdem sich das Thema **Umweltschutz** in den letzten beiden Jahren nicht unter den Top 10 der Sorgenliste befand, taucht es 2011 wieder auf Platz neun auf. Die Besorgnis steigt um vier Prozentpunkte auf 14%. Schon im letzten Jahr hatte die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die im Herbst 2010 beschlossen wurde, für Proteste gesorgt. Durch die Katastrophe in dem japanischen Atomkraftwerk Fukushima, die erst nach der Befragung stattfand, kam es zu weit größeren Demonstrationen. Die Bundesregierung reagierte mit dem sogenannten „Atom-Moratorium“ auf diesen Atom-Unfall, in dem die Abschaltung der ältesten Meiler für einen Zeitraum von zunächst drei Monaten zu einer Sicherheitsüberprüfung angeordnet wurde. Die Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie geht einher mit dem Wunsch nach einem Ausbau der erneuerbaren Energien, deren Subventionierung jedoch teilweise wieder gekürzt wurde.



## Deutschland – zentrale Ergebnisse, alte und neue Bundesländer im Vergleich

- Bei der Gegenüberstellung der neuen und alten Bundesländer zeigt sich, dass die ersten drei Themen in West und Ost identisch sind – nicht aber das Ausmaß der Besorgnis.
- Den Spitzenplatz auf der Sorgenliste nimmt im Osten und im Westen die **Arbeitslosigkeit** ein. Allerdings erweisen sich, auch aufgrund der größeren Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die Bürger hier als deutlich beunruhigter. In den neuen Bundesländern sind 68% besorgt, in den alten Ländern nur 53%. Im Gegensatz zu den letzten Jahren zeigt sich, dass dieser Unterschied wieder größer geworden ist.
- Auf Platz 2 rangiert sowohl im Osten als auch im Westen die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 43% bzw. 31%. Auf dem dritten Rang befindet sich die **soziale Sicherheit**, wobei im Osten 32% auf dieses Thema entfallen, im Westen 24%. Zwar zeigt sich in beiden Landesteilen ein Anstieg der Besorgnis, doch im Osten fallen die Zuwächse – insbesondere beim Thema der sozialen Sicherheit – merklich größer aus.
- Ab Platz 4 differiert die Rangfolge: Im Westen wird dieser Platz mit 23% von der **Bildungspolitik** belegt. Im Osten sind die Bürger zwar in gleichem Maße besorgt über die Bildung (Platz 5), doch hier hat sich das **Gesundheitswesen** mit 25% auf den vierten Rang geschoben. Im Westen liegt die Sorge um die Gesundheitspolitik mit 17% auf Platz 6.
- Den fünften Rang nimmt in den alten Bundesländern mit 18% der Themenkomplex um die **Renten** und die **Altersversorgung** ein. Die Existenzsicherung im Alter belegt in den neuen Bundesländern mit 16% Rang 8.





## Deutschland – zentrale Ergebnisse, nach Lebenswelten

- Getrennt nach Lebenswelten zeigen sich bedeutende Unterschiede bei der Wahrnehmung der Themen – an mancher Stelle aber auch Einigkeit. Auslöser hierfür ist meistens die Lebenssituation der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.
- Für alle Befragten steht die **Arbeitslosigkeit** an erster Stelle, am beunruhigtesten zeigen sich aber die Bürger der mittleren sozialen Schicht sowie der einfachen Lebenslage. Lediglich Studenten und sich in Ausbildung Befindende machen sich weniger Gedanken über die Arbeitsmarktsituation, sogar noch weniger als die nicht mehr betroffenen Rentner.
- Auch die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** wird am stärksten von den Bürgern in einfacher Lebenslage thematisiert, gefolgt von älteren Frauen und Männern im Ruhestand – diese Gruppen bekommen Preissteigerungen am unmittelbarsten zu spüren.
- Über die **soziale Sicherung** machen sich alle gesellschaftlichen Gruppen relativ gleichmäßig Gedanken, nur die Studenten bzw. Auszubildenden liegen unter dem Durchschnitt.
- Die Studenten bzw. Auszubildenden zeigen sich aber bedingt durch ihre aktuelle Lebenssituation bei dem Thema **Bildungspolitik** am stärksten besorgt, gefolgt von der gehobenen sozialen Schicht.
- Das **Gesundheitswesen** wird etwas stärker von der gehobenen sozialen Schicht und von älteren Männern und Frauen im Ruhestand kritisiert. Letztere sind naturgemäß unzufriedener beim Thema **Rente** und **Altersversorgung**.
- Zusammenfassend betrachtet sind es die Bürger der einfachen Lebenslage und der gehobenen sozialen Schichten, die die meisten **Probleme pro Person** thematisieren. Regional differenziert stechen die **gehobenen Schichten in Ostdeutschland** aber ganz besonders hervor: In dieser Gruppe nennen 59% vier oder mehr Probleme, gegenüber 45% in Deutschland insgesamt.



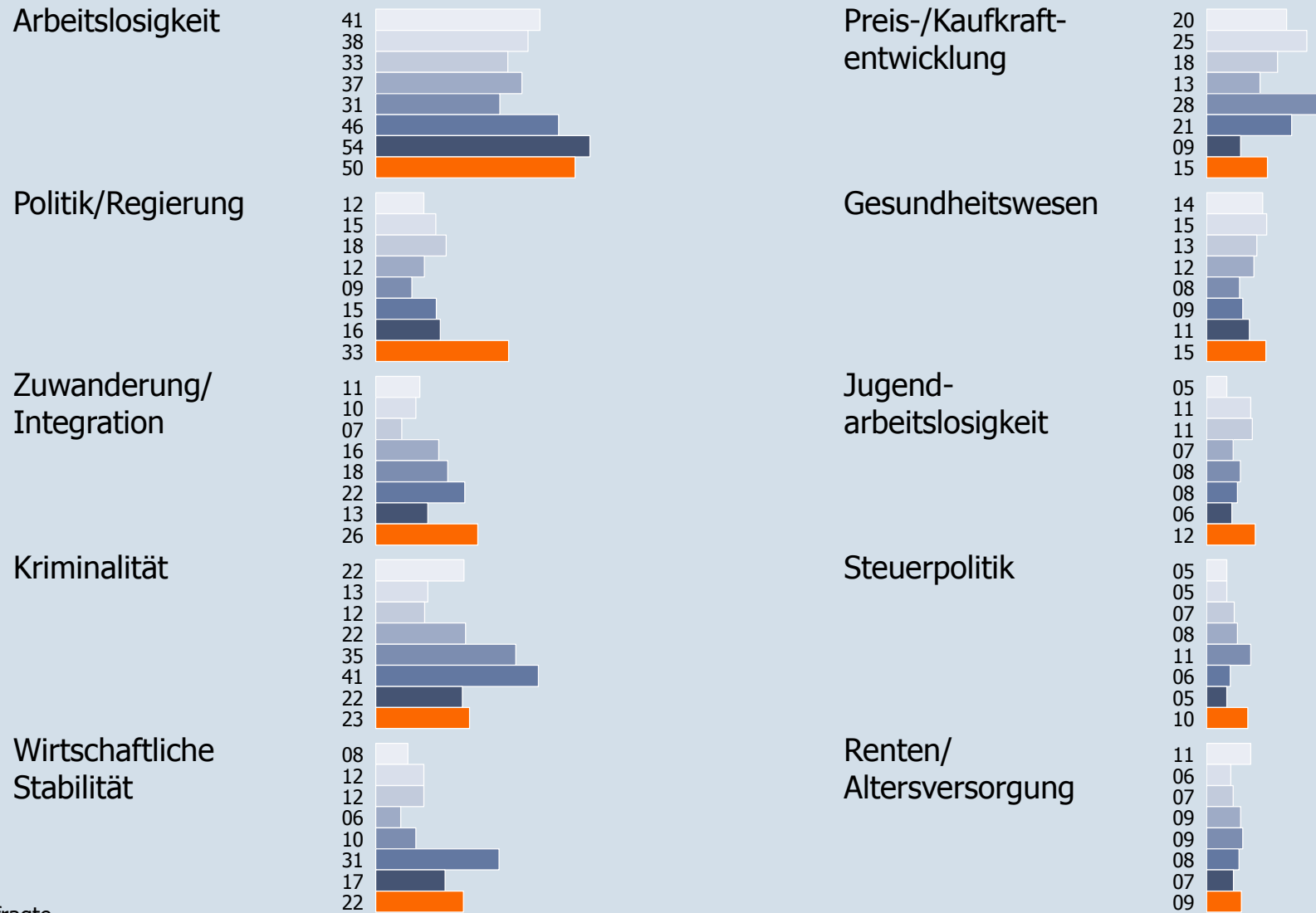
## Deutschland – zentrale Ergebnisse, Semantisches Netz

- Für die deutschen Ergebnisse wird wieder das semantische Netz anhand einer Clusteranalyse ermittelt. Auf dem Chart lassen sich vier verschiedene Informationen ablesen:
  - Die Größe der Ellipsen gibt an, wie häufig ein Problem genannt wurde.
  - Der Abstand vom Mittelpunkt gibt an, wann ein Thema genannt wurde. Wenn also eine „Ellipse“ nah an der Mitte liegt, wurde dieses Thema häufig zuerst genannt.
  - Die Themen, die an einer Linie vom Mittelpunkt aus liegen und die sich überlappen bzw. zusammen gehören, wurden häufig zusammen genannt – sie bilden also eine gemeinsame „Sorgenwelt“.
  - Ein Pfeil nach oben oder unten gibt bei manchen Themen an, ob ein Thema gegenüber 2010 signifikant gestiegen oder gesunken ist.
- Dieses Jahr treten zwei große Sorgenwelten hervor. Die eine lässt sich unter dem Begriff Arbeitslosigkeit zusammenfassen und befindet sich unten links. Sie hat sich aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr deutlich verkleinert.
- Die zweite große Sorgenwelt – die unter den Schlagworten soziale Gerechtigkeit, Einkommen und Preise oben links steht – hat seit 2010 deutlich an Gewicht gewonnen. Insbesondere die Forderung nach einer gerechteren Einkommensverteilung wird verstärkt geäußert.
- Die restlichen Themen verteilen sich auf neun kleinere Sorgenwelten. Dazu gehört in der Mitte links ein Cluster, das sich am ehesten mit Familienpolitik umschreiben lässt. Das darüber liegende Cluster beschäftigt sich mit Politik und der Erhöhung von Sozialleistungen. Oben rechts sind die beiden Sorgenwelten Verbrechensbekämpfung und Armut dargestellt. Von der oberen rechten Ecke ausgehend sind im Uhrzeigersinn gelesen die übrigen Sorgenwelten aufgeführt: Integration, Bildungspolitik, Umweltschutz und Jugend.



# Die Herausforderungen in Italien 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Italien zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2011: 1.029 Befragte

2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011



## Italien – zentrale Ergebnisse (1)

- Nur minimal abgeschwächt hat sich 2011 die Sorge der Italiener um die **Arbeitslosigkeit**, die auch in diesem Jahr wieder den Spitzenplatz belegt. Jeder zweite Italiener sieht hier Handlungsbedarf. Tatsächlich sind die Nachwehen der Wirtschaftskrise auf dem italienischen Arbeitsmarkt noch deutlich zu spüren. Die Arbeitslosenquote ist laut OECD seit 2008 stetig gestiegen, 2010 lag sie bei 8,4%, das sind 1,6 Prozentpunkte mehr als noch 2008. Auch in den Anfangsmonaten 2011 gab es keinen merklichen Rückgang. Der Arbeitsmarkt weist ein deutliches Nord-Süd-Gefälle auf, dem wirtschaftlich starken Norden stehen die deutlich ärmeren Regionen im Süden Italiens gegenüber. Dazu kommen die anhaltenden Probleme mit dem Autohersteller Fiat, dem größten privaten Arbeitgeber Italiens: Fiat-Chef Marchionne klagte über die zu geringe Produktivität im Süden Italiens und verlagerte einen Teil der Produktion nach Serbien. Darüber hinaus wird die Schließung der Standorte in Neapel und Sizilien diskutiert. Hebt sich die Gesamtarbeitslosenquote noch kaum von anderen europäischen Ländern ab, so stellt die **Jugendarbeitslosigkeit** in Italien ein weitaus größeres Problem dar: Gut jeder Vierte der 15 bis 24-Jährigen ist arbeitslos, laut EUROSTAT lag die Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe 2010 bei 27,8% - Resultat eines kontinuierlichen Anstiegs seit 2007, als noch 20,3% gemessen wurden. Auf der italienischen Sorgenliste hat sich die Bedeutung des Problems seit 2010 verdoppelt und steigt mit 12% der Nennungen auf den achten Platz.
- Mehr als verdoppelt im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil der Italiener, die Kritik an der **Politik** und der **Regierung** äußern. Mit 33% erreicht das Thema den bislang höchsten Wert in der Befragung und belegt erstmals den zweiten Platz im Sorgenranking. Italiens Regierung hat vermutlich durch Betrugs- und Bestechungsaffären an Glaubwürdigkeit verloren, ebenso wie durch Skandale um die Person des Ministerpräsidenten Berlusconi. Dieser muss sich demnächst in dem sogenannten Fall ‚Rubygate‘ vor Gericht verantworten. Dem Staatsoberhaupt wird der Umgang mit einer minderjährigen Prostituierten sowie Amtsmissbrauch vorgeworfen. Zudem steht er mit seiner Fernsehsendergruppe Mediaset im Verdacht der Steuerhinterziehung. Zwar sorgten Italiens Regierung und vor allem Berlusconi bereits in der Vergangenheit immer wieder für skandalträchtige Schlagzeilen, doch offensichtlich regt sich nun Widerstand in der bislang erstaunlich zurückhaltenden italienischen Bevölkerung, denn die Umfragewerte für Berlusconi und seine Partei PDL liegen auf einem Rekordtief.



## Italien – zentrale Ergebnisse (2)

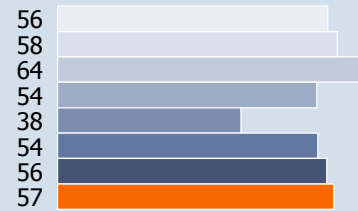
- Stark angestiegen ist 2011 die Sorge der Italiener über die **Zuwanderung** und die **Integration**. Mit 26% nimmt das Thema den dritten Platz ein. Zwar hat der seit Anfang der 1980er Jahre stark angestiegene Migrantenanteil in Italien einen Bevölkerungsrückgang verhindert, doch häufig gelangen Einwanderer illegal ins Land. Gegen diese illegale Einwanderung hat die italienische Regierung verstärkt Maßnahmen ergriffen. Vor allem die Küstenregionen Italiens und die Insel Lampedusa sind Ziel von Bootsflüchtlings. Hier hat sich die Situation zeitgleich mit der Befragung merklich zugespitzt: Durch die Unruhen in Tunesien trafen Mitte Februar binnen 4 Tagen 5.000 Flüchtlinge auf der Mittelmeerinsel ein, die gerade einmal 6.000 Einwohner hat. Die italienische Politik fühlt sich einem solchen Ansturm, der sich durch die Entwicklungen in weiteren nordafrikanischen Staaten noch verschärft hat, nicht gewachsen und fordert Unterstützung durch die EU. Das ist Wasser auf die Mühlen der rechtsgerichteten Partei Lega Nord, die die Einwanderungsproblematik mit dem Thema **Kriminalität** in Zusammenhang gebracht hat. Allerdings hat Italien mit Kriminalität unterschiedlichsten Ursprungs zu kämpfen: Trotz zahlreicher Verhaftungen ist die italienische Mafia nach wie vor mächtig und präsent, besonders im Drogenhandel und der Bauindustrie. Zudem finden in Italien so viele Banküberfälle wie in keinem anderen europäischen Land statt, die in der Regel von Amateuren und nicht von Verbrecherorganisationen begangen werden. Die Besorgnis der Bevölkerung über die Kriminalität befindet sich immer noch auf einem hohen Niveau, wenngleich mit 23% die bisherigen Höchstwerte aus 2008 und 2009 doch deutlich unterschritten werden.
- Platz fünf auf der Agenda nimmt die Sorge der Italiener um die **wirtschaftliche Stabilität** ein, mit einem erneuten Zuwachs von 5 Prozentpunkten erreicht die Besorgnis 22%. Zwar hat sich die Wirtschaft wieder leicht erholt, denn nach dem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts 2009 um 5,2% konnte 2010 ein leichtes Plus von 1,3% erzielt werden. Doch kämpft Italien gegen eine hohe Staatsverschuldung, der nun mit massiven Sparmaßnahmen begegnet werden soll. Das trifft die Bürger, denn auch die Inflationsrate ist laut OECD 2010 auf 1,5% angestiegen. So waren die Italiener im vergangenen Jahr deutlichen Preiserhöhungen ausgesetzt: Stark angezogen haben vor allem die Preise für Grundnahrungsmittel, Heizkosten und Benzin. Insgesamt lebt mehr als ein Zehntel der Bevölkerung Italiens in relativer Armut, die Schere zwischen Arm und Reich ist hier vergleichsweise groß. In dem Zusammenhang wundert es auch nicht, dass die Sorge um die **Preise** und die **Kaufkraft** um sechs Prozentpunkte auf 15% gestiegen ist.



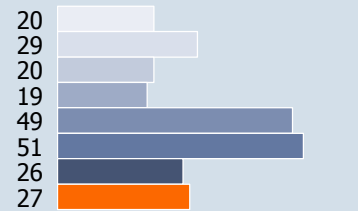
# Die Herausforderungen in Frankreich 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Frankreich zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

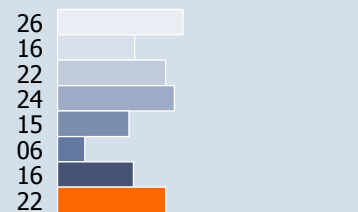
## Arbeitslosigkeit



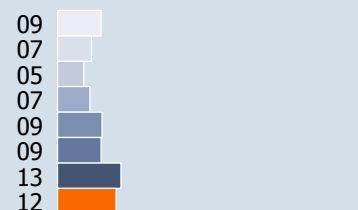
## Preis-/Kaufkraftentwicklung



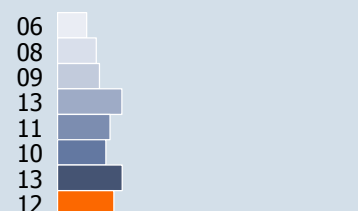
## Kriminalität



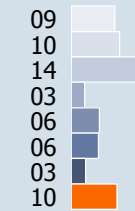
## Renten/ Altersversorgung



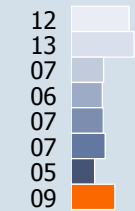
## Wohnungsproblem/ Mieten



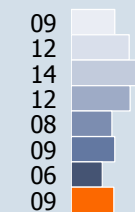
## Politik/Regierung



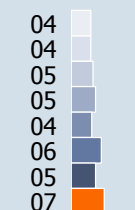
## Gesundheitswesen



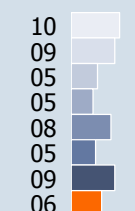
## Bildungspolitik



## Jugend- arbeitslosigkeit



## Armut



Nachrichtlich:  
Wirtschaftliche Stabilität: 6%  
(2010: 9%)  
Soziale Sicherheit: 6%  
(2010: 4%)

Basis 2011: 1.001 Befragte

2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011



## Frankreich – zentrale Ergebnisse (1)

- Auch in diesem Jahr stellt die **Arbeitslosigkeit** das für die Franzosen mit Abstand wichtigste Thema dar, 57% sind beunruhigt. Zwar ist der Anstieg der Sorge um einen Prozentpunkt marginal, doch wächst die Beunruhigung langsam aber stetig, während sie in vielen anderen der untersuchten Länder in 2011 rückläufig ist. Die Entwicklung in Frankreich korrespondiert mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt: Laut Angaben der OECD hat sich die Arbeitslosenquote von 7,8% in 2008 auf 9,8% in 2010 spürbar erhöht. Anfang 2011 ist die Arbeitslosigkeit zwar leicht zurückgegangen (9,6% im Februar laut EUROSTAT), doch die Wirtschaftskrise hatte Medienberichten zufolge den Verlust von etwa 1 Mio. Arbeitsstellen zur Folge, die erst einmal wieder geschaffen werden müssen. Von der allgemein schwierigen Arbeitsmarktlage sind insbesondere junge Menschen betroffen. Gemäß EUROSTAT ist die Arbeitslosenquote in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen im letzten Jahr auf einen Rekordwert von 23,9% geklettert, der zuletzt Mitte der 1990er Jahre übertroffen wurde. Entsprechend sorgen sich aktuell 7% der Franzosen über die **Jugendarbeitslosigkeit** – das ist eine leichte Zunahme um 2 Prozentpunkte.
- Unverändert an zweiter Stelle platzieren die Franzosen den Themenkomplex um **Preise und Kaufkraft**. Mit 27% bleibt die Besorgnis über die Preisentwicklung nahezu unverändert verglichen mit dem letzten Jahr. Das könnte an der weiterhin moderaten Inflation liegen, die laut OECD im Jahr 2010 bei 1,5% lag, nach einer mit 0,1% äußerst geringen Preissteigerung im Krisenjahr 2009. Die Sorge um die Kaufkraft beschäftigt die Bürger in Frankreich traditionell stark. So hatte die hohe Inflationsrate von 2,8% in 2008 im selben Jahr und auch noch in 2009 etwa die Hälfte der Franzosen beunruhigt.
- Wachsende Besorgnis äußern die Franzosen beim Thema **Kriminalität**, der Wert steigt zum zweiten Mal in Folge auf 22% in diesem Jahr. Ein möglicher Auslöser für die verstärkte Wahrnehmung könnten Medienberichte über einzelne Gewaltverbrechen sein, etwa die Geiselnahme in einem Kindergarten im Dezember 2010. Doch auch die Unruhen in Grenoble im Sommer 2010 haben die Menschen beunruhigt, so sehr, dass die Regierung von Sarkozy mit verschiedenen Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung reagierte. Diese „Offensive zur inneren Sicherheit“ richtete sich insbesondere gegen Bürger mit Migrationshintergrund und hatte unter anderem die bei der Opposition und bei Menschenrechtsorganisationen umstrittene Räumung mehrerer Roma-Lager zur Folge.



## Frankreich – zentrale Ergebnisse (2)

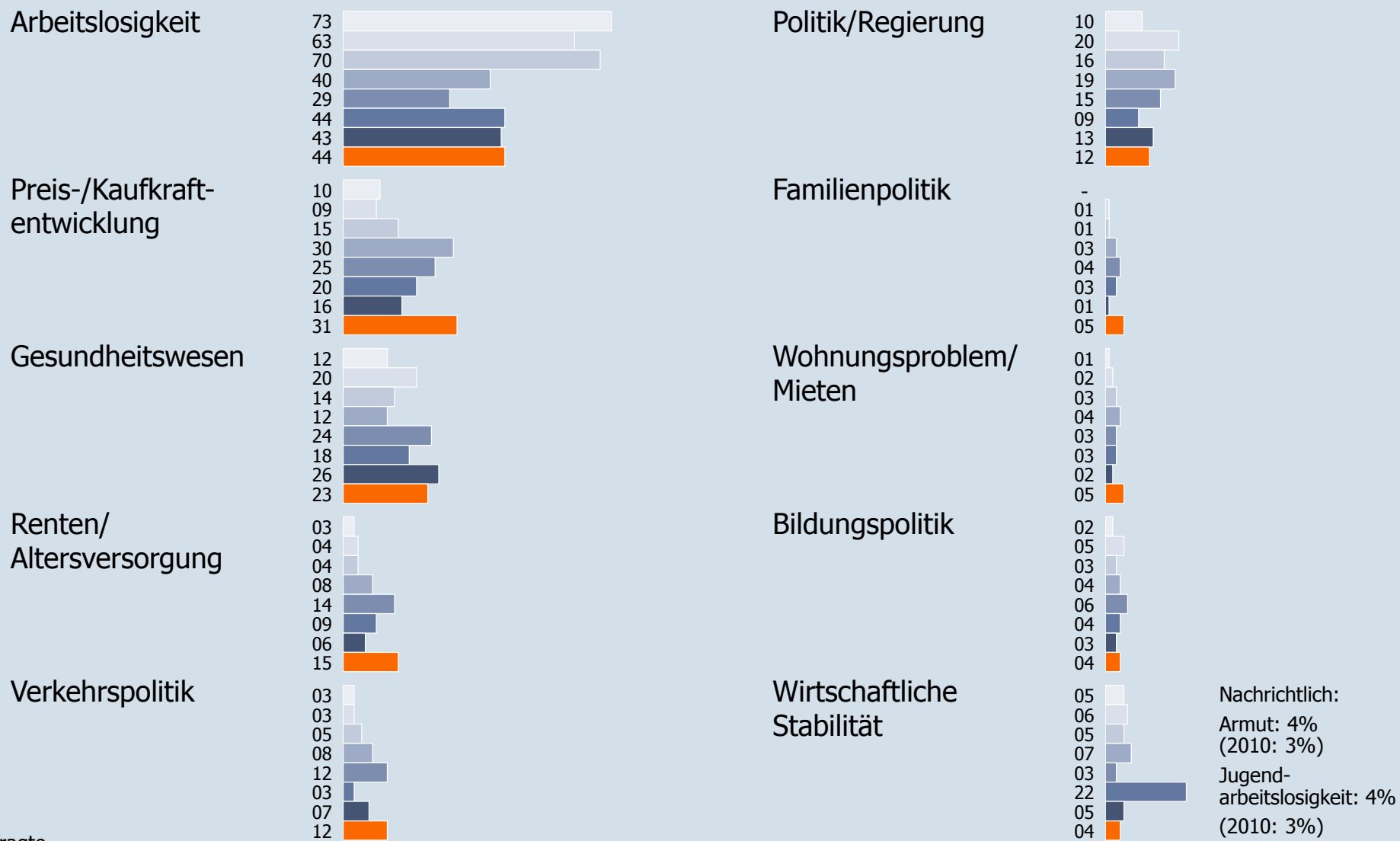
- Eine Stagnation zeigt sich bei der Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung**, in diesem Jahr erachten 12% der Franzosen das Thema als relevant, nach 13% in 2010. Mit Überschreitung der 10%-Marke wird ein langfristig hohes Niveau gemessen, allerdings reicht die Besorgnis nicht annähernd an die von 2003 heran: Die damalige Rentenreform hatte das Thema mit 36% auf den zweiten Platz der französischen Sorgenliste katapultiert. Auslöser für die derzeitigen Bedenken ist wahrscheinlich auch die Diskussion über die im Herbst 2010 durchgeführte Rentenreform, die großen Widerstand in der französischen Bevölkerung hervorrief. Im Zentrum der Reform steht die Verlängerung der Lebensarbeitszeit um zwei Jahre, so dass die Rente frühestens mit 62 bezogen werden kann – damit sollen die Folgen der demografischen Entwicklung abgefedert werden. In Anbetracht der Proteste wäre ein höherer Ausschlag der Sorge nicht erstaunlich gewesen. Möglicherweise ist aber einem Großteil der Bürger die Notwendigkeit dieser Rentenreform bewusst.
- Ebenfalls 12% der Franzosen sind beunruhigt über die Wohnungssituation. Seit 2007 befindet sich der Themenkomplex um **Wohnungen und Mieten** anhaltend im zweistelligen Bereich. Grund hierfür ist nicht nur ein Mangel an Sozial-Wohnungen, auch die Mietpreise für „Normalverdiener-Haushalte“ haben sich von der Einkommensentwicklung abgekoppelt, vor allem im Großraum Paris. Auch die Preise für Wohneigentum sind deutlich gestiegen, diese haben sich in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt. Insgesamt führen diese Entwicklungen zu einer immer stärkeren finanziellen Belastung der privaten Haushalte.
- 2011 äußern 10% der Franzosen Kritik an der **Politik** und der **Regierung**, das ist mit einem Plus von 7 Prozentpunkten der größte Anstieg auf der diesjährigen Sorgenliste. Dabei lag die Besorgnis seit Beginn der Amtsperiode von Präsident Sarkozy zwischen 3% und 6%. Für die aktuelle Zunahme lassen sich einige Gründe anführen: Diverse Skandale von Regierungsmitgliedern lösten eine Glaubwürdigkeitsdebatte aus. Das umstrittene Ausbürgerungsgesetz oder die Rentenreform sorgten für negative Schlagzeilen, so dass sich schon seit Oktober 2010 ein Umfragetief Präsident Sarkozys abzeichnete. Jüngsten Umfragen zufolge wurde er sogar von der neuen Vorsitzenden der Front National (FN), Marine Le Pen, überrundet. Ob dies bis zu den im Frühjahr 2012 anstehenden Präsidentenwahlen so bleiben wird, bleibt abzuwarten – bei den „Testläufen“ in den Regionalwahlen 2010 und den Kantonalwahlen Ende März 2011 konnten aber sowohl die Sozialisten als auch die FN Erfolge erzielen. Zu nennen ist hier aber auch der Prozess gegen Ex-Präsident Chirac wegen des Verdachts der Veruntreuung öffentlicher Gelder.





# Die Herausforderungen in Polen 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Polen zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:  
 Armut: 4%  
 (2010: 3%)  
 Jugend-  
 arbeitslosigkeit: 4%  
 (2010: 3%)

Basis 2011: 1.000 Befragte

2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011



## Polen – zentrale Ergebnisse (1)

- Die **Arbeitslosigkeit** ist in Polen unverändert die wichtigste zu lösende Aufgabe. Mit 44% bleibt die Beunruhigung über die Arbeitsmarktsituation seit 2009 konstant, während in den Vorjahren zum Teil eine deutlich noch größere Besorgnis spürbar war. Auf dem polnischen Arbeitsmarkt zeigt sich auch langfristig ein positiver Trend, der durch den EU-Beitritt 2004 und seit Ende 2007 durch weitere Reformen durch die Regierung hervorgerufen wurde. Diese Entwicklung scheint kurzfristig gebremst worden zu sein, denn im Vergleich zum historischen Tiefstand in 2008 stieg die Arbeitslosenquote nach OECD-Angaben im Rahmen der weltweiten Rezession von 7,2% auf 9,7% in 2010. Doch die Chancen auf eine baldige Erholung stehen gut, denn Polen ist vergleichsweise unbeschadet durch die globale Wirtschaftskrise gekommen, da sich polnische Banken nur wenig in hoch riskanten Anleihen engagierten. Selbst 2009, als in den meisten europäischen Ländern die Wirtschaft eingebrochen war, konnte noch ein BIP-Wachstum von 1,7% erreicht werden, 2010 sogar ein Plus von 3,8%.
- Das zweitwichtigste Problem in Polen stellt in diesem Jahr die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** dar. 31% der Polen bereitet dieses Thema Sorge, das sind doppelt so viele wie im letzten Jahr. Zwar ist die Inflationsrate seit 2008 von 4,2% auf 2,6% in 2010 gesunken, doch Anfang 2011 hat sich die Inflation wieder beschleunigt und liegt laut OECD nun bei 3,7%. Hier wirkt vor allem der Preisanstieg für Energie, aber auch die Verteuerung der Lebensmittel – und gerade bei diesen Gütern werden Preiserhöhungen sehr sensibel von den Verbrauchern wahrgenommen. Zusätzlich wurde im Januar 2011 die Mehrwertsteuer von bisher 22% auf 23% angehoben, dies dürfte die Bürger ebenfalls sensibilisiert haben.
- Nach wie vor sind die Polen sehr unzufrieden mit ihrem **Gesundheitswesen**, 23% betrachten dieses als dringend verbesserungsbedürftig. Trotz eines leichten Rückgangs von 3 Prozentpunkten bleibt die Besorgnis auf einem hohen Niveau. Das könnte daran liegen, dass die angekündigten Gesundheitsreformen offenbar noch nicht konsequent umgesetzt wurden. Zwar stellt das seit 2003 eingeführte System des Nationalen Gesundheitsfonds (NFZ) eine flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Bürger bereit, doch es gibt keinen einheitlichen, landesweiten Leistungskatalog. Das bedeutet, dass für viele Leistungen privat zugezahlt werden muss. Darüber hinaus sind die Gehälter im staatlichen Gesundheitssystem so gering, dass viele Ärzte ausschließlich oder zusätzlich privat praktizieren oder abwandern. Die WHO kritisiert außerdem, dass die teilweise hoch verschuldeten Krankenhäuser in Bezug auf Geräte schlecht ausgerüstet sind.



## Polen – zentrale Ergebnisse (2)

- Ebenso wie beim Gesundheitswesen zeigt sich auch bei den **Renten** und der **Altersversorgung** große Unzufriedenheit. Die Besorgnis steigt deutlich um 9 Prozentpunkte auf 15%, ein ähnlich hoher Wert wurde zuletzt 2008 gemessen. Vor allem die Finanzierung der Renten gestaltet sich schwierig: Im Moment wirkt sich der weit verbreitete vorzeitige Renteneintritt aus, denn im Durchschnitt gehen die Polen mit 57 Jahren statt mit 60 für Frauen und 65 für Männer in Rente. Von staatlicher Seite wird das Rentensystem heute schon mit Milliardenbeträgen gestützt. In den nächsten Jahren wird die demografische Entwicklung für zusätzlichen Druck auf die Rentenfinanzen sorgen. Dies macht sich bereits im Portemonnaie bemerkbar: Zwar gab Premier Tusk jüngst bekannt, dass die Renten zwischen 2005 und 2010 inflationsbereinigt um mehr als 18% gestiegen sind, doch trotz der gesetzlich vorgeschriebenen Anpassung wachsen die Renten langsamer als die Löhne. Sie liegen heute nur noch bei 48% des Durchschnittslohns (1989: 53%). Nicht ohne Grund stehen also Rentenreformen auf der Tagesordnung, die Umsetzung gestaltet sich jedoch schwierig: Bei der derzeit geplanten Reform werfen Kritiker und Opposition der Regierung vor, durch eine Refinanzierung lediglich den Staatshaushalt sanieren zu wollen. Substantielle Reformen sind im Wahljahr 2011 vermutlich nicht zu erwarten.
- Ende Oktober 2011 finden in Polen Parlamentswahlen statt und dem amtierenden Premier Tusk könnte zum ersten Mal seit 1989 eine Wiederwahl als Premier gelingen. Zwar beurteilt die internationale Presse seine erste Amtszeit ambivalent, doch die Opposition scheint keine echte Alternative zu sein. Ob die Polen weiterhin Vertrauen in den bisher verfolgten moderaten Reformkurs haben oder einen Politikwechsel wünschen, wird sich dann zeigen. Der Anteil der Polen, die Kritik an der **Politik** bzw. der **Regierung** äußern, liegt nahezu unverändert bei 12%.
- Die Bedenken bezüglich der **Verkehrspolitik** liegen ebenfalls bei 12%, mit einem Anstieg um 5 Prozentpunkte zeigt sich aber eine wachsende Skepsis. Dies könnte an den zahlreichen Baustellen für die Fußball-EM 2012 liegen. Andererseits wurden aufgrund der angespannten Haushaltslage andere Investitionen in den Autobahnausbau eingefroren. Auch die Sicherheit im Straßenverkehr könnte eine Rolle bei der Beurteilung spielen: Polen gehört innerhalb der EU zur negativen „Spitzengruppe“ bei den Verkehrstoten. Während 2008 innerhalb der EU durchschnittlich 78 Verkehrstote pro Million Einwohner zu beklagen waren, ist dieser Wert mit 143 in Polen fast doppelt so hoch.

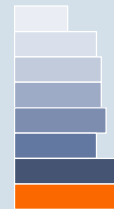


# Die Herausforderungen in Österreich 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Österreich zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

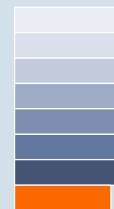
Zuwanderung/  
Integration

11  
17  
18  
18  
19  
17  
28  
22



Arbeitslosigkeit

40  
47  
46  
31  
23  
42  
43  
20



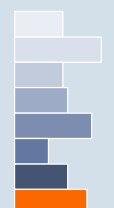
Bildungspolitik

04  
06  
07  
09  
08  
07  
09  
19



Politik/Regierung

10  
18  
10  
11  
16  
07  
11  
15



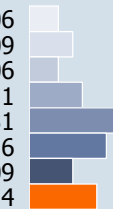
Renten/  
Altersversorgung

29  
15  
10  
15  
19  
10  
16  
16  
15



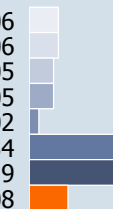
Preis-/Kaufkraft-  
Entwicklung

06  
09  
06  
11  
31  
16  
09  
14



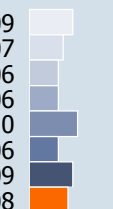
Wirtschaftliche  
Stabilität

06  
06  
05  
05  
02  
34  
19  
08



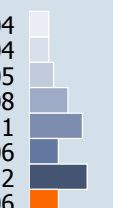
Gesundheitswesen

09  
07  
06  
06  
10  
06  
09  
08



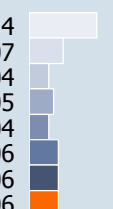
Kriminalität

04  
04  
05  
08  
11  
06  
12  
06



Soziale Sicherung

14  
07  
04  
05  
04  
06  
06  
06



Basis 2011: 1.000 Befragte

2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011



## Österreich – zentrale Ergebnisse (1)

- An der Spitze der österreichischen Sorgenliste stehen mit 22% die Themen **Zuwanderung** und **Integration**. Zwar zeigt sich gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der Besorgnis um 6 Prozentpunkte, dennoch ist der aktuelle Wert der zweithöchste seit den Anfängen der Studie. Österreich wächst fast ausschließlich durch Zuwanderung, wobei sich die „Wanderungsbilanz“ (Zuwanderung minus Abwanderung) seit der EU-Osterweiterung 2004 mehr als halbiert hat. Noch laufen Sonderregelungen zur „Arbeitnehmer-Freizügigkeit“, mit denen Österreich neben Deutschland als einziges Land den Zuzug von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien zumindest bis Ende April 2011 beschränkt hatte. Der Ausländeranteil lag aber in 2010 schon bei 10,7% und damit im EU-Vergleich im Spitzenfeld. Im Wahlkampf spielt dieses Thema daher immer wieder eine zentrale Rolle, so auch bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen im Oktober 2010 in Wien: Die rechtspopulistische FPÖ polarisierte mit ausländer- und vor allem islamfeindlichen Statements. Bei der Wahl in Wien konnte die Partei ihre Mandate mehr als verdoppeln und auch bundesweit zeigten sich Erfolge. Der Bedeutungsrückgang des Themas im Vergleich zum Vorjahr könnte damit zusammenhängen, dass nach einer intensiven Wahlperiode seit 2008 im Jahr 2011 erst einmal keine Wahlen stattfinden werden. Auch die für Juli 2011 angekündigte „Rot-Weiß-Rot-Card“ für Nicht-EU-Ausländer, die sich an das amerikanische Greencard-Modell anlehnt, könnte zur Beruhigung des Themas beigetragen haben. Das neue Zuwanderungskonzept regelt nicht mehr nach starren Quoten, sondern anhand eines Punktesystems, das Kriterien wie berufliche Qualifikation, Ausbildung, Sprachkenntnisse und Alter berücksichtigen wird.
- Nachdem in den letzten beiden Jahren mehr als 40% der Österreicher die **Arbeitslosigkeit** zum wichtigsten Problem des Landes machten, hat sich aktuell der Anteil deutlich verringert, bleibt mit 20% dennoch das zweitwichtigste Thema. Die Alpenrepublik erholt sich derzeit vom heftigen Einbruch der Exporte als Folge der globalen Rezession und die positive Entwicklung 2010 scheint auch die Bevölkerung wieder zuversichtlicher zu stimmen: Hatten vor zwei Jahren noch 34% Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** des Landes, so zeigen sich derzeit weniger als ein Zehntel der Österreicher (8%) beunruhigt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) konnte nach einem herben Einbruch in 2009 mit einem Minus von 3,9% in 2010 wieder einen Anstieg um 2,0% verzeichnen. Auch die Arbeitslosenquote sank laut OECD im Jahresverlauf von 4,6% im ersten Quartal auf 4,2% im vierten Quartal 2010 – Signale, die sich in einer positiveren Wahrnehmung widerspiegeln.



## Österreich – zentrale Ergebnisse (2)

- Das Thema mit dem größten Bedeutungszuwachs ist die **Bildungspolitik**. Mit 19% hat sich der Anteil der Österreicher, die hier Handlungsbedarf sehen, im Jahresverlauf mehr als verdoppelt und erreicht damit einen Höchstwert. Diese Wahrnehmung könnte von der aktuellen PISA-Studie beeinflusst sein, die im Dezember 2010 veröffentlicht wurde. Im Vergleich zu 2006 hatte die Leistung der österreichischen Schüler in allen Teilbereichen nachgelassen, was nur noch Platz 31 unter den 34 teilnehmenden OECD-Ländern bedeutet. Bereits seit längerem debattiert die regierende große Koalition über eine Bildungsreform. Diese scheitert aber an der Frage, ob, wie von der SVP gefordert, ein System von Gesamtschulen etabliert oder, so die Haltung der ÖVP, das differenzierte Schulsystem beibehalten und verbessert werden soll.
- 15% der Österreicher betrachten die derzeitige **Politik** und die **Regierung** als dringendes Problem. Das sind 4 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Diese Bedenken sind offenbar in den internen Streitigkeiten der großen Koalition begründet, in der SVP und ÖVP sich auf Kosten des jeweils anderen zu profilieren versuchen. Tatsächlich ist der äußere Druck auf die Politik derzeit vergleichsweise gering, da im Jahr 2011 keine wichtigen Wahlen im Bundesparlament oder in den Landesparlamenten anstehen.
- Gleichermaßen besorgt sind die Österreicher über die **Renten** und die **Altersversorgung**: 15% und damit nur 1 Prozentpunkt weniger als 2010 sehen Altersversorgung als wichtige Aufgabe. Beim Pensionsantrittsalter liegt Österreich im Vergleich deutlich unter den meisten anderen europäischen Ländern, begünstigt durch die sogenannte „Hacklerregelung“, die bereits 73% aller Frühpensionisten nutzen. Seit längerem ist klar, dass diese Sonderregelung verschärft werden muss, nun ist es beschlossene Sache. Ab 2014 soll der Zugang zu dieser Leistung verschärft werden, was offenbar für weiterhin große Verunsicherung sorgt.
- Die Sorge um die **Preise** und die **Kaufkraft** ist nach der deutlichen Entspannung seit 2008 erstmals wieder um 5 Prozentpunkte gestiegen und erreicht aktuell ein Niveau von 14%. Betrachtet man die Entwicklung der Inflationsrate, ist dies nicht verwunderlich: Obwohl über das Jahr 2010 gerechnet die Preissteigerung moderate 1,8% betrug, steigt die Inflationsrate seit November 2010 kontinuierlich an und erreichte im Februar 2011 mit +3% den höchsten Wert seit Oktober 2008. Insbesondere die Kosten für Energie, aber auch die Nahrungsmittelpreise sind hierfür verantwortlich.

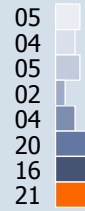


# Die Herausforderungen in Großbritannien 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Großbritannien zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

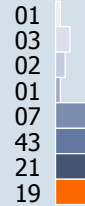
## Arbeitslosigkeit

05  
04  
05  
02  
04  
20  
16  
21



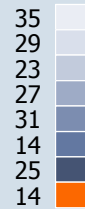
## Wirtschaftliche Stabilität

01  
03  
02  
01  
07  
43  
21  
19



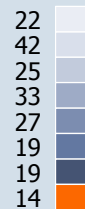
## Zuwanderung/Integration

35  
29  
23  
27  
31  
14  
25  
14



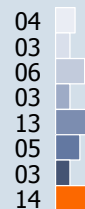
## Kriminalität

22  
42  
25  
33  
27  
19  
19  
14



## Preis-/Kaufkraftentwicklung

04  
03  
06  
03  
13  
05  
03  
14



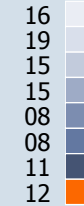
## Politik/Regierung

11  
05  
12  
11  
07  
08  
17  
13



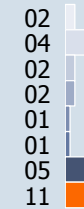
## Bildungspolitik

16  
19  
15  
15  
08  
08  
11  
12



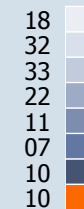
## Staatsfinanzen

02  
04  
02  
02  
01  
01  
05  
11



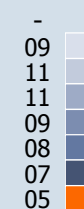
## Gesundheitswesen

18  
32  
33  
22  
11  
07  
10  
10



## Werteentwicklung/Moral

-  
09  
11  
11  
09  
08  
07  
05



Nachrichtlich:  
Verkehrspolitik: 5%  
(2010: 5%)  
Wohnungsproblem/Mieten: 5%  
(2010: 5%)

Basis 2011: 1.030 Befragte

2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011





## Großbritannien – zentrale Ergebnisse (1)

- Die wirtschaftliche Situation und die sich daraus ergebenden Konsequenzen sind in den Augen der Briten die zentralen Herausforderungen des Landes. Top-Thema in diesem Jahr ist – ein Novum in Großbritannien – die **Arbeitslosigkeit**. Die Besorgnis steigt um 5 Prozentpunkte auf 21%, das entspricht in etwa dem Wert aus dem Jahr 2009.
- Fast genauso viele Briten, nämlich 19%, machen sich Gedanken über die **wirtschaftliche Stabilität**. Dieses Thema hat jedoch seit 2009, dem Gipfel der Wirtschaftskrise, deutlich an Brisanz verloren. Damals waren 43% besorgt, im letzten Jahr zeigten sich schon nur noch 21% beunruhigt. Die Erholung der britischen Wirtschaft schreitet auch langsam voran: Nach dem Tiefpunkt in 2009, als das BIP laut EUROSTAT um 4,9% zurückging, wurde 2010 ein Plus von 1,3% gemessen. Auch die Prognose für 2011 ist positiv, es wird ein Wirtschaftswachstum von 2,2% erwartet. Aufgrund der massiven Probleme im Bankensektor und der starken Abhängigkeit von diesem Bereich hält sich die Rezession in Großbritannien jedoch länger als in den anderen Staaten Europas. Die Produktivität hat zwar im Zuge der wachsenden Wirtschaft wieder angezogen, liegt aber noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Auch auf dem Arbeitsmarkt kommt die leichte konjunkturelle Erholung unter diesen insgesamt schwierigen Vorzeichen noch nicht an. Nach dem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenquote von 5,6% in 2008 auf 7,6% im Jahr 2009 ist diese laut OECD noch einmal auf 7,8% im Jahr 2010 gestiegen. Die zunehmende Sorge der britischen Bürger über die Arbeitslosigkeit erscheint daher nachvollziehbar.
- Die Besorgnis hinsichtlich der **Preis- und Kaufkraftentwicklung**, einem weiteren Indikator für die wirtschaftliche Stabilität, verzeichnet in diesem Jahr den größten Anstieg. Von 3% im letzten Jahr auf aktuell 14% ist das Ausmaß der Beunruhigung geradezu explodiert. Nach möglichen Gründen muss nicht lange gesucht werden. Bereits im letzten Jahr stieg die Inflation laut OECD mit 3,3% praktisch wieder auf das Niveau vor der Wirtschaftskrise (2008: 3,6%). Anfang 2011 tat der Anstieg der Rohölpreise ein Übriges und trieb die Preissteigerung im Februar auf über 4%. Darüber hinaus sorgt die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Januar 2011 dafür, dass die Inflation zusätzlich angeheizt wird und damit die Kaufkraft der Bürger weiter sinkt.





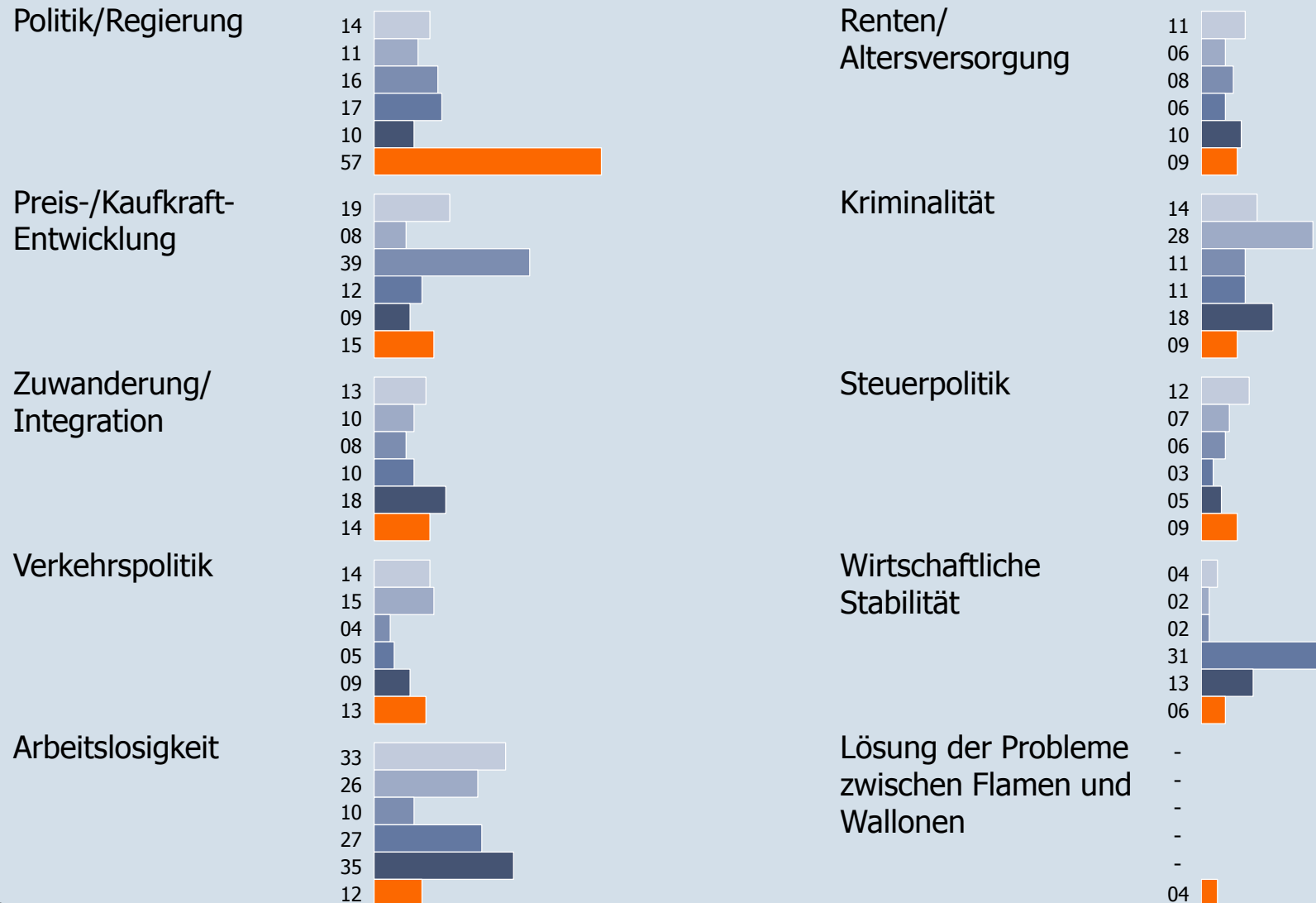
## Großbritannien – zentrale Ergebnisse (2)

- Nur noch auf dem dritten Platz mit 14% befindet sich in diesem Jahr das letztjährige Top-Thema **Zuwanderung** und **Integration**, nach 25% im Jahr 2010. Damit wird wieder der Wert von 2009 erreicht, nach 2002 der zweitniedrigste gemessene Wert. Nach der Erweiterung der EU um die osteuropäischen und baltischen Staaten 2004 war Großbritannien eines der wenigen Länder, das seine Grenzen komplett für Einwanderer aus diesen Ländern öffnete. In der Folge nahm die Zuwanderung nach Großbritannien deutlich zu. 2008 wurde von der damals amtierenden Labour-Regierung in Anlehnung an die Einwanderungssysteme von Australien und Kanada ein Punktesystem zur Einwanderung eingeführt, das aber offenbar nicht den gewünschten Effekt erzielte. Mitte 2010 setzte die neue Koalitions-Regierung unter Premier Cameron dann eine Höchstgrenze für Zuwanderung fest. Möglicherweise sorgt diese Entscheidung bei den britischen Bürgern für einen Bedeutungsrückgang dieses Themas.
- Bereits seit 2007 entwickelt sich das Thema **Kriminalität** rückläufig. In diesem Jahr fordern 14% der Briten eine verstärkte Verbrechensbekämpfung – das sind noch einmal 5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Laut der offiziellen Statistik hat auch die Anzahl der von der Polizei registrierten Verbrechen 2010 deutlich um 7% abgenommen. Zudem stagniert das Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden, auf einem 30-Jahres-Tief. Noch ein weiterer Erfolg kann verbucht werden: Einer vom Britischen Justizministerium veröffentlichten Studie zufolge hat das Vertrauen in Polizei und Justiz 2010 zugenommen. Trotz der Entspannung hat die Kriminalität einen festen Platz unter den wichtigsten Problemen, doch offenbar wird sie als immer weniger bedrohlich empfunden. Möglicherweise wird das Thema aber auch von der angespannten wirtschaftlichen Situation überschattet.
- Während 2010 noch 17% der Briten die **Politik** bzw. die **Regierung** mit Skepsis betrachteten, sind es in diesem Jahr noch 13%. Auslöser für den leichten Rückgang dürfte die neue politische Konstellation im Land sein: Nach den Parlamentswahlen im Mai 2010 wurde die seit 1997 amtierende Labour-Regierung durch eine Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten unter Premierminister Cameron abgelöst – immerhin der ersten Koalition zweier Parteien seit dem Zweiten Weltkrieg. Häufig zeigen sich die Bürger im Rahmen der Challenges-Studie nach einem politischen Wechsel optimistischer. Ob in Großbritannien langfristig die Hoffnung auf eine andere Politik durch den Regierungswechsel überwiegen wird, wird wohl auch davon abhängen, ob die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele zur Verringerung des Staatsdefizits umgesetzt werden können.



# Die Herausforderungen in Belgien 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Belgien zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2011: 1.004 Befragte

2006 2007 2008 2009 2010 2011



## Belgien – zentrale Ergebnisse (1)

- Besonders stark belastet die Belgier 2011 ihre landeseigene **Politik**: Mit 57% der Nennungen und einem Plus von 47 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr hat das Thema ungemein an Brisanz gewonnen und wurde damit auf den ersten Platz der belgischen Sorgenliste katapultiert. 2010 nahm die Politik noch den fünften Platz unter den belgischen Sorgen ein. Ihre Unzufriedenheit mit der politischen Situation im eigenen Land drückten die Belgier im vergangenen Jahr durch zahlreiche, aufsehenerregende Protestaktionen aus. Der Grund für den explosionsartigen Zuwachs der Beunruhigung liegt klar auf der Hand: Im April 2010 zerbrach erneut eine Regierung – nach nur fünf Monaten Regierungszeit. Den Hintergrund bildeten Streitigkeiten zwischen Flamen und Wallonen im Konflikt um den zweisprachigen Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvoorde, der häufig als ‚Sprachenstreit‘ tituiert wird. Trotz der Lösungsvorschläge für einen neuen Zuschnitt dieses Wahlkreises, die eine eigens eingesetzte Kommission entwickelte, konnte kein Kompromiss erzielt werden, Ministerpräsident Leterme trat zurück. Das Ergebnis der darauf folgenden Neuwahlen vom 13. Juni spiegelt abermals die zersplitterte Parteienlandschaft in Belgien wider, denn die Abgeordnetenversammlung setzt sich aus Mitgliedern von 13 Parteien zusammen. Sämtliche Versuche eine Koalitionsregierung zu bilden scheiterten, seither ist Belgien ein Land ohne Regierung. Nicht überraschend ist daher, dass sich 45% der Belgier explizit eine Regierung wünschen, die funktionsfähig ist. Die **Lösung des Konflikts zwischen Flamen und Wallonen** betrachten 4% als dringende und notwendige Aufgabe dafür und platzieren das Thema auf Rang 10 der belgischen Agenda.
- Um sechs Prozentpunkte gestiegen ist die Sorge der Belgier um die **Preise** und die **Kaufkraft**, die 2011 von 15% der Befragten genannt wird. Kritisiert wird dabei von 5% der Bevölkerung explizit die ungerechte Einkommensverteilung. Auch die Höhe der Energiekosten sind 2011 ein zentraler Grund für die gestiegene Beunruhigung. Generell sind die Energiepreise in Belgien sehr hoch, im europäischen Vergleich liegt Belgien deutlich über dem Durchschnitt. Hinzu kam im Dezember 2010 der Ausfall eines Kernkraftwerks im Land, so dass vermehrt Elektrizität aus dem Ausland importiert werden musste. Insgesamt weist die OECD für Belgien in 2010 eine Inflationsrate 2010 von 2,2% aus. Im Februar 2011 lag die Preissteigerung bereits bei 3,4%. Der Haushaltsminister Vanhengel machte daraufhin den Vorschlag, die Steuern auf Treibstoff senken, um die Verbraucher zu entlasten.



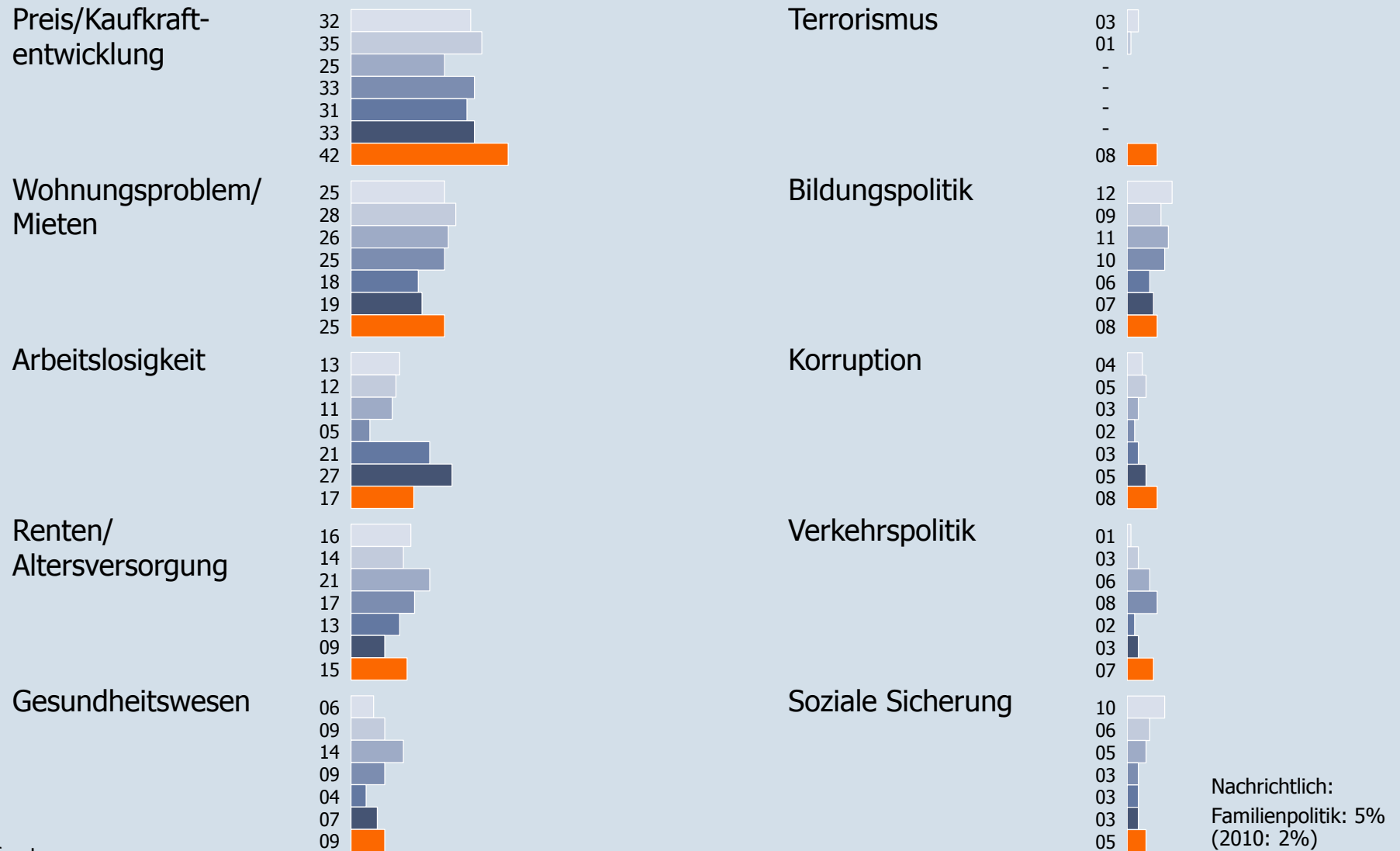
## Belgien – zentrale Ergebnisse (2)

- Weniger kritisch als noch 2010 stehen die Belgier aktuell dem Thema **Zuwanderung** und **Integration** gegenüber. 2011 setzen 14% das Thema auf ihre Sorgenliste, das sind vier Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, entspricht aber immer noch dem zweithöchsten Wert seit 2004. Möglicherweise spielen hier die 2010 intensiv geführten Diskussionen um einen Gesetzentwurf eine Rolle, der das Tragen einer Burka in der Öffentlichkeit unter Geldstrafe stellen soll. Im April 2010 hat das Parlament für Belgien als erstem Land in Europa ein Verbot der Vollverschleierung muslimischer Frauen beschlossen. Nur Plenum und Senat mussten noch zustimmen, doch durch die Regierungskrise kam es bis heute zu keinem Beschluss. Verboten ist die Ganzkörperverschleierung schon jetzt in einer Reihe von Gemeinden des Königreichs. Ob das Gesetz auch landesweit in Kraft treten wird, hängt maßgeblich von einer neu zu bildenden Regierung ab.
- Stetig angestiegen ist seit 2008 die Besorgnis über die **Verkehrspolitik**: 2011 wird das Thema auf Rang 4 der Sorgenliste platziert, derzeit sind 13% besorgt nach 9% im letzten Jahr. Vor allem den Zustand der Straßen nach dem harten Winter und die Sauberkeit betrachten die Belgier als ungenügend, zudem ist ihrer Meinung nach die Infrastruktur verbesserungswürdig. Dem Anstieg der Sorge über die Verkehrspolitik liegt vermutlich auch die für 2013 angekündigte Einführung von Mautgebühren zugrunde. Das Mautsystem soll im überlasteten Straßennetz gleichermaßen für Autobahnen und Schnellstraßen gelten und wird – bemerkenswert in der aktuellen politischen Situation – von allen drei Regionen des Landes unterstützt.
- Deutlich abgeschwächt hat sich die Sorge der Belgier um die **Arbeitslosigkeit**. Dieses Jahr ist das Thema mit 12% auf den fünften Rang der Sorgenliste abgerutscht, 2010 lag es noch an der Spitze. Der Abnahme um 23 Prozentpunkte steht eine Arbeitslosenquote gegenüber, die 2010 nur leicht rückläufig war, insgesamt erreichte sie laut OECD im Jahresdurchschnitt ein Niveau von 8,3% und sank im Februar 2011 auf 7,7%. Wie die Sorge um die Arbeitslosigkeit lässt 2011 auch die Besorgnis der Belgier über die **wirtschaftliche Stabilität** um 7 Prozentpunkte nach, das Thema nimmt mit 6% nur noch Platz neun auf der Sorgenliste ein. Es scheint, dass die Bürger in Erwartung eines Aufschwungs nun weniger pessimistisch in die wirtschaftliche Zukunft ihres Landes blicken. Möglicherweise werden die wirtschaftlichen Sorgen aber auch von der Regierungskrise überlagert.



# Die Herausforderungen in Russland 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Russland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:  
Familienpolitik: 5%  
(2010: 2%)

Basis 2011: 2.177 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011



## Russland – zentrale Ergebnisse (1)

- Wie schon in den Jahren zuvor ist die **Preis-** und **Kaufkraftentwicklung** die mit Abstand bedeutendste Sorge in Russland: 42% der Bürger betrachten die Bekämpfung der Inflation als größte Herausforderung für das Land. Das entspricht einem Anstieg der Besorgnis um 9 Prozentpunkte seit 2010. Nachdem die Inflationsrate 2008 und 2009 deutlich über 10% lag, sank diese bis Mitte 2010 zunächst auf 5,5%, steigerte sich dann zum Jahresende hin aber sukzessive auf 8,8%. Inzwischen sprechen einige Anzeichen dafür, dass die Inflationsprognose der Regierung mit 7 bis 8% für das Jahr 2011 zu optimistisch war und diese eher wieder bei 10% liegen wird. Als problematisch und unmittelbar spürbar für die Menschen stellte sich im vergangenen Jahr vor allem die überproportional hohe Teuerungsrate für Grundnahrungsmittel heraus: Viele Zeitungen schätzen diese sogar noch höher ein als die von der Statistikbehörde Federal State Statistics Service ausgewiesenen 15% für die ersten drei Quartale 2010.
- Ebenfalls an Bedeutung gewonnen hat – wie im Übrigen die Mehrheit der Themen – die Sorge um die **Wohnungen** und die **Mieten**. In den letzten beiden Jahren waren 18% bzw. 19% besorgt, nun bereitet die Wohnsituation 25% der Russen Kopfzerbrechen und erreicht damit wieder das beachtliche Niveau früherer Jahre. Die jährlich um 10% bis 20% steigenden Gebühren für die Hausverwaltung, die in den Augen der Russen oftmals in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung stehen, erhitzen die Gemüter. Marode und zuweilen platzende Heißwasserleitungen, undichte Dächer sind nur zwei Beispiele für die verbesserungsbedürftige Situation in Russlands Mietshäusern, von denen laut offizieller Statistik 40% grundsaniert werden müssten. Beim Wohnungs-Neubau sieht die Situation auch nicht besser aus: Das nationale Projekt „erschwingliches Wohnen“ bleibt in der Realisierung hinter den Vorsätzen zurück, da durch die Finanzkrise das Bauvolumen 2009 und 2010 deutlich zurückging. Die Regierung reagierte darauf, indem ein Fünfjahresplan bis 2015 festgelegt und gleichzeitig das Finanzvolumen für den Bausektor erhöht wurde. Die Umsetzung dieser Ziele wird aber sicherlich von der weiteren **wirtschaftlichen Entwicklung** abhängen, die derzeit einen Aufwärtstrend erfährt: Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete 2010 wieder ein Wachstum von 4%, während es im Krisenjahr 2009 mit einem Minus von 7,9% stark schrumpfte. Prognosen des russischen Statistikamtes sagen für die nächsten 2 Jahre ein ähnliches Wachstum wie 2010 voraus. Und so ist auch die Besorgnis der russischen Bürger um die wirtschaftliche Stabilität von 11% im Vorjahr auf aktuell 4% gesunken und befindet sich somit nicht mehr unter den Top-Ten-Sorgen.



## Russland – zentrale Ergebnisse (2)

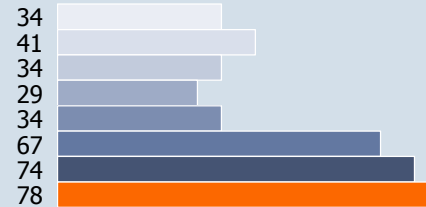
- Im Zuge der anziehenden Konjunktur hat das Thema **Arbeitslosigkeit** an Bedeutung verloren. Mit einem Rückgang um 10 Prozentpunkte äußern aber nach wie vor 17% der Russen Kritik an der Arbeitsmarktsituation, das bedeutet Rang 3 auf der Agenda. Die offizielle Statistik spiegelt diese Entwicklung wider: Laut ILO-Berechnung sank die Arbeitslosenquote von 8,4% in 2009 auf 7,5% in 2010.
- In der Wahrnehmung deutlich gestiegen ist seit vergangenem Jahr das Thema **Rente** und **Altersversorgung**. Sank der Wert seit 2007 kontinuierlich vom bisherigen Höchstwert von 21% auf nur noch 9% in 2010, so ist dieser positive Trend mit einem erneuten Anstieg auf 15% vorerst aber gestoppt. Zwar wurden im Rahmen des „Sozialpakets“ im Februar 2010 die Renten allgemein erhöht, angesichts der Preisentwicklung sehen die Bürger diese Rentenanpassung vermutlich eher nur als Inflationsausgleich an. Auch die Aussage des russischen Finanzministers im Juni 2010, dass langfristig ein höheres Renteneintrittsalter unvermeidlich sei, könnte für Unmut gesorgt haben. Da das derzeitige Renteneintrittsalter in Russland aber ohnehin schon sehr niedrig liegt, ist nachvollziehbar, dass die unterfinanzierten Rentenkassen aufgrund der Alterung der Gesellschaft entlastet werden müssen. Offiziell liegt das Renteneintrittsalter bei 60 Jahren, während die durchschnittliche Lebenserwartung der russischen Männer gerade einmal 63 Jahre beträgt – um den Ruhestand also länger als drei Jahre genießen zu können, gehen viele Arbeitskräfte daher vorzeitig in Rente, Männer im Durchschnitt mit nur 54 Jahren. Reformen zu einer Erhöhung des Rentenalters bleiben demnach schwierig umzusetzen.
- Erstmals seit vier Jahren taucht der **Terrorismus** mit 8% der Nennungen wieder auf der russischen Sorgenliste auf und steht damit auf Platz sechs. Zum Zeitpunkt der Befragung Ende Januar bis Mitte Februar hatte das Thema gerade besondere Brisanz: Am 24. Januar war ein schwerer Terroranschlag auf den Moskauer Flughafen Domodedowo verübt worden. Dabei kamen 37 Menschen ums Leben, über 100 Personen wurden schwer verletzt. Dazu bekannt hat sich der tschetschenische Rebellenführer Umarow. Bereits im März 2010 gab es einen Selbstmordanschlag auf die Moskauer Metro, der ebenfalls tschetschenischen Terroristen zugeschrieben wird. Seit dem Ende des zweiten Tschetschenienkriegs im Jahr 2000 gab es mehrere Konflikte und auch Anschläge seitens tschetschenischer Rebellen, die Brutalität und der Anschlagort scheinen die Russen diesmal aber besonders alarmiert zu haben.



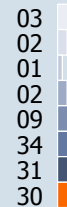
# Die Herausforderungen in Spanien 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Spanien zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

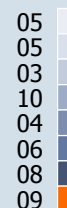
## Arbeitslosigkeit



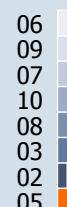
## Wirtschaftliche Stabilität



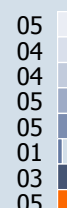
## Politik/Regierung



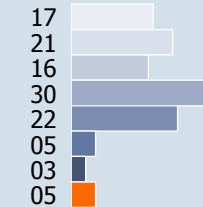
## Preis-/Kaufkraftentwicklung



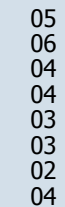
## Renten/ Altersversorgung



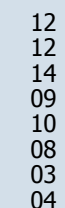
## Wohnungsproblem/ Mieten



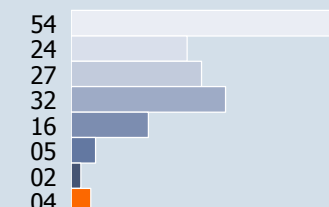
## Bildungspolitik



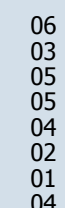
## Kriminalität



## Terrorismus



## Gesundheitswesen



Basis 2011: 1.014 Befragte

2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011





## Spanien – zentrale Ergebnisse (1)

- Wie schon in den letzten beiden Jahren stellt die Besorgnis um den Arbeitsmarkt in Spanien einen neuen Negativrekord auf. Die Sorge verzeichnet einen weiteren Anstieg um 4 Prozentpunkte auf 78% und dominiert somit auch in 2011 klar die spanische Sorgenliste. Das südeuropäische Land zählt derzeit zu den Sorgenkindern Europas: Mit einem rasanten Anstieg der Arbeitslosenquote von 11,4% in 2008 auf 20,6% im Februar 2011 nimmt Spanien innerhalb der EU die Spitzenposition ein. Insbesondere die Situation bei den jungen Menschen in Spanien ist alarmierend: So verdoppelte sich innerhalb von vier Jahren die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen auf ein Jahresniveau von 41,6% in 2010. Zwar wird das Thema **Jugendarbeitslosigkeit** im Rahmen der Studie nur von 2% explizit genannt (nach 1% im Vorjahr), sicherlich nehmen die Spanier die Arbeitsmarktlage aber insgesamt als großes Problem wahr. Langsam regt sich jedoch auch politischer Protest: In Madrid gingen im April 2011, also erst nach der Befragung, erstmalig Tausende Jugendlicher auf die Straße, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Eine Gruppe „Jugend ohne Zukunft“ hatte im Online-Netzwerk „Facebook“ dazu aufgerufen. Dieser Protest bildete den Auftakt für weitere Aktionen, wie zum Beispiel die jüngsten Demonstrationen gegen soziale, wirtschaftliche und politische Missstände anlässlich der Regional- und Kommunalwahlen im Mai 2011.
- Während die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** bei den Bürgern der meisten anderen untersuchten Länder nun wieder eine untergeordnete Rolle spielt, liegt die Beunruhigung in Spanien auf unverändert hohem Niveau. Für 30% der Spanier stellt die konjunkturelle Entwicklung eine dringend zu lösende Aufgabe dar, nach 31% im Vorjahr. Die weiterhin große Sorge der Spanier um dieses Thema ist nur zu verständlich: Spanien wurde wie kaum ein anderes europäisches Land von der Wirtschaftskrise getroffen und scheint sich nur langsam davon zu erholen. So konnte 2010 in den meisten Ländern wieder ein positives Wirtschaftswachstum ausgewiesen werden, während das BIP in Spanien mit -0,1% im negativen Bereich lag. Die Prognosen für 2011 und 2012 weisen zwar nach oben, liegen aber weit unter dem europäischen Durchschnitt. Dabei müsste das Wirtschaftswachstum deutlich höher ausfallen, um den hoch verschuldeten Staatshaushalt, der massiv unter dem auch vom Staat finanzierten und im Zuge der Wirtschaftskrise zusammengebrochen Immobilienmarkt leidet, sanieren zu können.



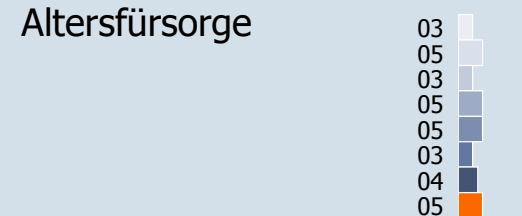
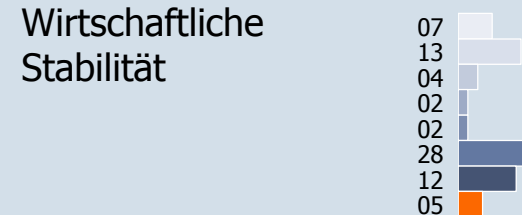
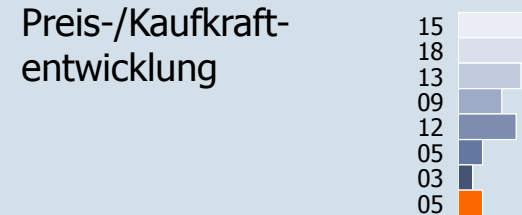
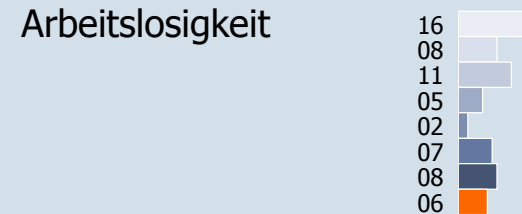
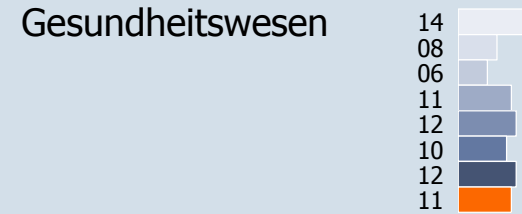
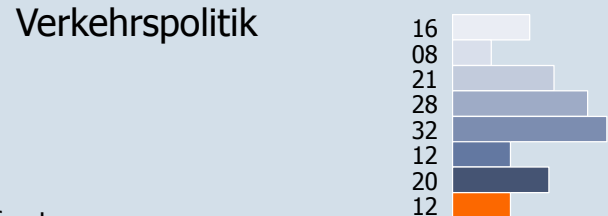
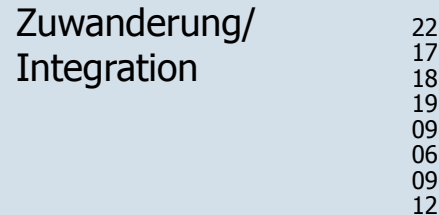
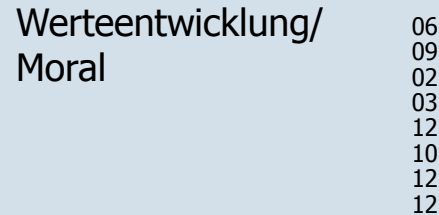
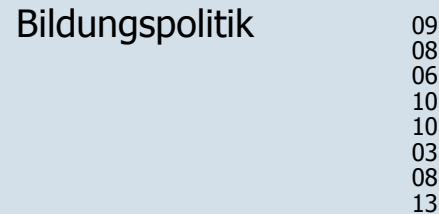
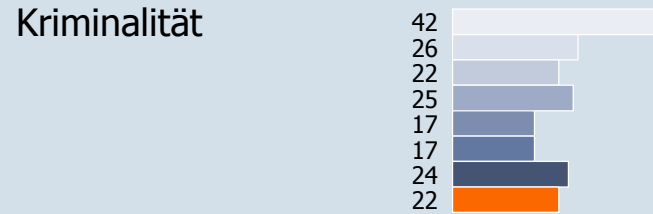
## Spanien – zentrale Ergebnisse (2)

- Langsam, aber stetig wächst die Kritik der spanischen Bürger an der **Politik** und der **Regierung**. Mit 9% belegt das Thema unverändert Platz 3 des spanischen Sorgenrankings. So nähert sich die Unzufriedenheit wieder der 10%-Marke von 2007, dem Jahr vor den Parlamentswahlen, bei denen der jetzige Ministerpräsident Zapatero im Amt bestätigt wurde. Die Popularität des Politikers sinkt seither und liegt laut Umfragen aktuell auf dem bisher niedrigsten Stand seit seinem Amtsantritt. In der spanischen Presse wurde schon länger spekuliert, dass Zapatero 2012 nicht mehr für eine dritte Amtszeit kandidieren wird: Am 2. April 2011 verkündete er seinen Rücktritt zum Ende seiner Amtszeit. Wie die Sozialistische Partei bei den nächsten Parlamentswahlen Anfang 2012 abschneiden wird, bleibt abzuwarten. Sicher ist, dass 2011 ein spannendes Jahr für Spaniens Politik wird.
- Die spanische Inflationsrate steigt seit dem Krisenjahr 2009 unaufhaltsam an: Nach -0,3% in 2009 kletterte die Inflationsrate laut OECD im Dezember 2010 auf 3% und 2011 setzt sich dieser Aufwärtstrend mit 3,6% im Februar fort und nähert sich damit wieder dem hohen Niveau vor der Krise an. Vor allem die Preise für Kraftstoff und Energie sind gestiegen, wohingegen die Einkommen der Arbeitnehmer stagnieren bzw. rückläufig sind. Kaum verwunderlich, dass sich die Spanier besorgt über die **Preis-** und **Kaufkraftentwicklung** äußern. Die Unzufriedenheit der Bürger steigt um drei Prozentpunkte auf derzeit 5%, somit belegt das Thema Rang 4.
- Die Neu-Regelung der **Renten** und der **Altersversorgung** ist ebenfalls Bestandteil des Sparkurses zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. Am 28. Januar 2011 – kurz vor der Befragung – wurde die lange diskutierte Rentenreform im Ministerrat endgültig beschlossen. Die darin enthaltene Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre und das Einfrieren der Renten im Jahr 2011 erhöht offensichtlich die Unzufriedenheit der Spanier. Auch bei diesem Thema wächst die Sorge von 3% im Vorjahr auf aktuell 5%. Ein weiterer Grund für die zunehmende Beunruhigung könnte in der ebenfalls beschlossenen geänderten Berechnung liegen: Die Höhe der Rente wird in Zukunft nicht mehr auf Basis der letzten 15, sondern der letzten 25 Arbeitsjahre berechnet, was ein geringeres Rentenniveau ergeben wird. Ob die Reform weitreichend genug ist, hängt im wesentlichen von der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens ab. Sollte es nicht gelingen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, werden wichtige Beiträge für die Rentenkassen fehlen.



# Die Herausforderungen in den Niederlanden 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den Niederlanden zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:  
Politik/Regierung: 5%  
(2010: 8%)

Basis 2011: 1.000 Befragte

2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011



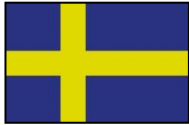
## Niederlande – zentrale Ergebnisse (1)

- Wie bereits im Vorjahr ist die **Kriminalität** das Thema, das den Niederländern die größten Sorgen bereitet. Im Vergleich zu 2010 zeigt sich ein leichter Rückgang um 2 Prozentpunkte auf aktuell 22%. Möglicherweise hat die Betonung der Themen Verbrechensbekämpfung und innere Sicherheit während der Koalitionsverhandlungen im September 2010 dazu beigetragen, dass das Augenmerk so groß bleibt. Letztes Jahr hat die Partei PVV um den Rechtspopulisten Wilders als Mehrheitsbeschaffer für die Minderheitsregierung aus der rechtsliberalen VVD und der christdemokratischen CDA gedient. Als eines der vorrangigen Ziele deklarierte die neue Koalition die Erhöhung der inneren Sicherheit. Es wurde unter anderem festgelegt, die Strafen für Gewalt- und Sexualstraftäter zu erhöhen und die Verjährungsfristen zu verlängern. Darüber hinaus sollen trotz des strikten Sparkurses 3.000 neue Polizistenstellen geschaffen werden. Dabei scheint sich die tatsächliche und die wahrgenommene Sicherheit der Bürger aber nicht verschlechtert zu haben: Rund ein Viertel der Niederländer gab in einer Studie des Amtes für Statistik (CBS) an, im letzten Jahr Opfer einer Straftat gewesen zu sein, mit leicht sinkender Tendenz. In der Wahrnehmung zeigt sich eine Stagnation, ebenfalls gut ein Viertel fühlte sich gelegentlich nicht sicher.
- Die Sparmaßnahmen der Regierung zur Sanierung des Staatshaushaltes könnten sich auch auf die Beurteilung der **Bildungspolitik** ausgewirkt haben. Die Sorge um die Bildung hat um 5 Prozentpunkte auf 13% zugenommen und wird von den Niederländern derzeit als zweitgrößte Herausforderung gesehen. Zwar sollen die Bildungsausgaben 2011 noch von Budgetkürzungen verschont bleiben, doch bereits für 2012 sind Einschnitte geplant. Zur Finanzierung sollen die geplanten Gebühren für ein Überschreiten der Regelstudienzeit beitragen. Dies führte zu Protesten Ende Januar, an denen etwa 15.000 Studierende und Hochschullehrer teilnahmen. Ob der Schulterchluss von Studenten und Professoren erfolgreich sein wird, wird sich im Herbst zeigen. Dann sollen die Langzeitgebühren von 3.000 EURO pro Jahr erstmals zusätzlich zu den regulären Studiengebühren in Höhe von jährlich 1.700 EURO erhoben werden.
- Die Niederländer machen sich auch Gedanken über **Werteentwicklung** und **Moral**. Neben der Forderung nach mehr Moral und Respekt wird hier der Wunsch nach mehr gegenseitigem Verständnis, mehr Gerechtigkeit und mehr Menschlichkeit laut. Seit 2008 liegt dieses Thema im zweistelligen Bereich, in diesem Jahr sind gleichbleibend 12% besorgt, das bedeutet Rang 3 auf der Sorgenliste. Man könnte diese Besorgnis auch als Kritik an einer überzogenen Individualisierung deuten, die das soziale Miteinander zunehmend aus dem Blick verloren hat.



## Niederlande – zentrale Ergebnisse (2)

- Der Themenkomplex um **Zuwanderung** und **Integration** erfährt einen Zuwachs von 3 Prozentpunkten zum Vorjahr und liegt bei 12%. Damit belegt diese Sorge aktuell Rang 4 auf der Sorgenliste. Im letzten Jahr wanderten so viele Menschen wie nie zuvor in die Niederlande ein, nämlich 150.000, wobei die Zahl der Asylanträge um 11% zurückging. Das Thema wird auch von der neuen Regierung auf der öffentlichen Agenda platziert. Geplant sind Kürzungen des Integrationsbudgets sowie schärfere Gesetze zur Einwanderung und ein sogenanntes „Burkaverbot“. Die Koalitionsverhandlungen zu diesem Thema verliefen nicht reibungslos, da die Christdemokraten durch die rigiden Äußerungen seitens der PVV um Wilders eine Spaltung der niederländischen Gesellschaft befürchteten. Dies könnte angesichts des bereits erwähnten Wunsches nach mehr Verständnis und Respekt zu einem zentralen Punkt in der öffentlichen Debatte werden.
- Zuletzt ist die Besorgnis um die **Verkehrspolitik** zwar um 8 Prozentpunkte gesunken und liegt mit aktuell 12% weit unter den Spitzenwerten von über 30%, wie etwa im Jahr 2008. Doch mit Rang 5 bleibt diese Sorge ein präsentenes Thema in den Niederlanden. Das Land hat seit vielen Jahren mit einem hohen Verkehrsaufkommen zu kämpfen, das den Verkehr oft ganz zum Erliegen bringt. So stieg die Stauintensität zwischen 2000 und 2008 um 55%, vor allem in den Ballungsgebieten mit hoher Wirtschaftskraft. Der Vorschlag, die Kfz-Steuer durch kilometerbezogene Gebühren zu ersetzen, wurde aufgrund von Datenschutzbedenken wieder zurückgenommen. Eine Alternative ist derzeit nicht in Sicht, aber die Bürger scheinen erleichtert über die Abwendung der diskutierten Kilometergebühr und somit weiterer finanzieller Belastungen.
- Die Niederländer sehen die schwere Rezession des Jahres 2009 wohl als überwunden an. Denn seit damals, als 28% die **wirtschaftliche Stabilität** als eines der größten Probleme des Landes betrachteten, ist die Sorge um dieses Thema auf aktuell nur noch 5% zurückgegangen. Das ist auch nicht verwunderlich, denn nachdem 2009 laut OECD ein BIP von -3,9% gemessen wurde, fällt die aktuelle Entwicklung wieder positiver aus: Nach einem Plus von 1,7% wird für 2011 ein weiteres Wachstum von 1,5% erwartet. Die Arbeitslosigkeit ist zwar noch etwas höher als vor der Wirtschaftskrise, doch auch hier zeigt sich eine Verbesserung: Die Arbeitslosenquote sank im Zeitraum von Juli 2010 bis Februar 2011 von 4,6% auf 4,3%. Das dürfte der Grund dafür sein, dass nur noch 6% eine Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** fordern, nach 8% im Vorjahr.



# Die Herausforderungen in Schweden 2011

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Schweden zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

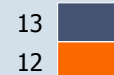
Arbeitslosigkeit



Bildungspolitik



Umweltschutz



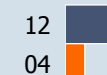
Soziale Sicherung



Jugend-  
arbeitslosigkeit



Wirtschaftliche  
Stabilität



Zuwanderung/  
Integration



Altersfürsorge



Gesundheitswesen



Renten/  
Altersversorgung



Basis 2011: 1.000 Befragte

■ 2010 ■ 2011



## Schweden – zentrale Ergebnisse (1)

- Zum zweiten Mal ist das Königreich Schweden unter den untersuchten Ländern der „Challenges of Europe“. Und wie schon im vergangenen Jahr ist die **Arbeitslosigkeit** in den Augen der Schweden das größte nationale Problem. Nach 36% im Vorjahr ist die Sorge um 4 Prozentpunkte auf 32% leicht zurückgegangen. Diese Entwicklung spiegelt die tatsächliche Entwicklung wider. Nach dem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 8,3% im Jahr 2009 als Folge der Wirtschaftskrise konnte sich der Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 wieder leicht erholen. Bis Februar 2011 war die Arbeitslosenquote auf 7,6% zurückgegangen. Dagegen erfährt das Thema der **Jugendarbeitslosigkeit** im Gegensatz zur allgemeinen Arbeitslosigkeit einen – gemessen am Niveau – deutlichen Zuwachs auf 8% der Nennungen, nach 5% im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren lag im Jahr 2010 konstant bei 25%, das heißt jeder Vierte in dieser Altersgruppe war arbeitslos. Damit liegt Schweden bei der Jugendarbeitslosigkeit über dem Niveau vieler anderer EU-Staaten. Der schwedische Unternehmerverband begründet die hohe Jugendarbeitslosigkeit mit dem stark ausgeprägten Kündigungsschutz und den nur geringen Lohnunterschieden zwischen Berufseinsteigern und erfahrenen Arbeitskräften. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl der 15- bis 24-Jährigen seit 2000 um rund 15% gestiegen ist, also auch spürbar mehr junge Leute auf den Arbeitsmarkt drängen.
- Ohne nennenswerte Veränderung bleibt das Thema **Umweltschutz** auf Platz 2 der schwedischen Sorgenliste: 12% der Schweden sehen dies im Februar 2011 – noch vor der Atomkraft-Katastrophe in Japan – als wichtige Herausforderung. Schweden gilt einer Untersuchung zufolge, die das ökologische Engagement zahlreicher europäischer Länder bewertet, als das umweltfreundlichste Land Europas. Tatsächlich strebt Schweden in seinem Energiekonzept ambitionierte Klimaschutzziele an: Die schwedische Regierung will bis 2020 komplett auf Energie aus fossilen Brennstoffen verzichten und bereits heute stammen nur 4% der Stromproduktion aus diesen Energieträgern. Da wegen der strengen Umweltauflagen ein weiterer Ausbau der Wasserkraft schwierig ist, setzt die schwedische Regierung in Zukunft neben Biomasse und dem Ausbau von Windkraftanlagen auch auf Atomenergie: So wurde der 1980 beschlossene Atom-Ausstieg Mitte 2010 mit knapper Mehrheit im Reichstag zurückgenommen. Unter diesen Voraussetzungen ist zu vermuten, dass die Schweden in Anbetracht der aktuellen Ereignisse in Japan und der weltweiten Reaktionen darauf dem Thema Umweltschutz eine größere Bedeutung eingeräumt hätten.
















## Schweden – zentrale Ergebnisse (2)

- Punktgleich mit der Sorge um die Jugendarbeitslosigkeit zählt auch der Themenkomplex um die **Zuwanderung** und die **Integration** zu den wichtigen Herausforderungen in Schweden. Ohne nennenswerten Zuwachs führen 8% der Schweden diese Themen bei der Befragung an, das bedeutet Rang 4. Dabei erfuhr bei den Parlamentswahlen im September letzten Jahres die rechtspopulistische Partei der „Schwedendemokraten“, deren Personal teilweise der rechtsextremen Szene entstammt, einen Doppelerfolg. Nicht nur, dass sie erstmals den Einzug in den Reichstag schafften, so bilden sie nun auch das Zünglein an der Waage bei Entscheidungen im Parlament. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint sich aber von den ausländerfeindlichen Parolen der Partei zu distanzieren. Denn der islamistische Terroranschlag im Dezember 2010 in Stockholm hat nicht zu einer Verschärfung des Themas geführt – zumindest mit zeitlichem Abstand. Auch Ministerpräsident Reinfeldt betonte direkt nach dem Anschlag, sich weiterhin für eine „offene Gesellschaft“ einsetzen zu wollen.
- Ebenfalls 8% der Schweden sind besorgt über das **Gesundheitssystem** des Landes, im Vorjahr äußerten dies nur 6%. Das vorwiegend über Steuern finanzierte System, das durch nach oben gedeckelte Beiträge der Bürger ergänzt wird, bietet der breiten Masse der Bevölkerung eine verhältnismäßig gute Gesundheitsversorgung. Allerdings erfordert es ein größeres Budget als der OECD-Durchschnitt. Die leicht gestiegenen Sorgen könnten an der größtenteils privat finanzierten zahnärztlichen Versorgung liegen: Die vom Staat in diesem Punkt geforderte Eigenverantwortung für alle Bürger zwischen 21 und 64 Jahre kann durch eine verschlechterte persönliche Situation in Folge der Rezession an die Grenzen der Finanzierbarkeit stoßen. Auch die relativ langen Wartezeiten auf eine Behandlung, die über eine telefonische Beratung hinausgehen, waren lange Zeit Grund für Unzufriedenheit. Die in 2005 beschlossene „Behandlungsgarantie“, die Patienten eine Wartezeit von weniger als 90 Tagen garantieren soll, scheint aber noch immer nicht in allen Fällen zu greifen.
- Während sich die meisten Sorgen der Schweden kaum verändert präsentieren, zeigt sich bei dem Thema **wirtschaftliche Stabilität** – wie auch in anderen Ländern – eine merkbliche Entspannung: Der Rückgang von 12% auf aktuell 4% hängt mit der schnellen Erholung des Landes von der Wirtschaftskrise zusammen. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde 2009 nur vorübergehend gestoppt und bereits 2010 stieg das Bruttoinlandsprodukt der exportorientierten und auf modernste Technologien ausgerichteten Wirtschaft bereits wieder um 5,5% an.



# Wirtschaftsindikatoren im Überblick

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren jedes Landes

Nation		Wachstumsrate BIP (real) (2010)	GfK Kaufkraft® in EURO (2010)**	Arbeitslosenquote ILO in % (2010)	Arbeitslosenquote ILO in % (2009)	Inflationsrate in % (2010)
Belgien		2,1	17.810	8,3	7,9	2,2
Deutschland		3,6	18.904	6,9	7,5	1,1
Frankreich		1,6	18.943	9,8	9,5	1,5
Italien		1,3	16.333	8,4	7,8	1,5
Niederlande		1,7	15.409	4,5	3,7	1,3
Österreich		2,0	19.664	4,4	4,8	1,8
Polen		3,8	5.377	9,7	8,2	2,6
Russland		4,0*	—	7,5*	8,4*	6,9
Schweden		5,5	17.149	8,4	8,3	1,2
Spanien		-0,1	13.092	20,1	18,0	1,8
UK		1,3	14.926	7,8	7,6	3,3
EU (27)		1,8	14.202	9,6***	9,0***	2,1***
		vgl. EUROSTAT (Stand März 2011)	vgl. GfK GeoMarketing	vgl. OECD (Stand April 2011)	vgl. OECD (Stand April 2011)	vgl. OECD (Stand April 2011)

\*vgl. <http://russland.ahk.de>

\*\*Die GfK Kaufkraft® wird im kaufmännischen Sprachgebrauch als die Geldsumme definiert, die einem Wirtschaftssubjekt in einem bestimmten Zeitraum zur Verfügung steht. Vereinfacht kann die GfK Kaufkraft® als Summe aller Nettoeinkünfte bezeichnet werden. Dieses Einkommen wird von den privaten Haushalten zum Teil für Konsumzwecke (Reisen, Ausgaben im Einzelhandel), zum Teil für die Miete, das Sparen und die Altersvorsorge verwendet."

\*\*\*vgl. EUROSTAT



# Die Herausforderungen in Deutschland 1990-2011

... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Arbeitslosigkeit	36	39	39	62	66	61	81	79	86	71	66	59	74	75	77	81	80	67	53	57	66	55
Preis-/Kaufkraftentwicklung	7	13	8	9	7	7	4	5	4	2	5	15	14	10	9	11	11	18	37	13	24	33
Soziale Sicherung	5	4	4	11	6	8	9	8	9	7	7	7	8	12	13	7	10	8	13	13	17	25
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	4	6	7	9	10	17	14	14	23
Gesundheitswesen	-	2	4	10	4	2	3	4	6	2	6	5	5	15	14	7	15	13	12	10	21	19
Renten/Altersversorgung	6	4	3	10	9	10	17	15	14	10	17	15	12	18	20	12	18	18	23	9	19	17
Kriminalität	1	2	7	9	18	19	13	9	19	9	10	10	17	10	7	6	6	10	13	8	15	17
Zuwanderung/Integration	6	38	68	31	24	20	18	15	12	11	11	13	13	7	6	7	13	7	9	7	8	16
Umweltschutz	29	23	16	15	15	23	13	6	5	4	6	11	5	4	3	3	5	16	12	7	10	14
Wirtschaftliche Stabilität	7	10	9	14	13	7	7	7	5	4	4	4	11	16	16	12	8	6	7	36	26	14
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	9	8	9	7	13
Politik/Regierung	2	1	3	3	4	1	2	3	3	2	4	3	6	7	8	8	6	7	9	10	10	12
Steuerpolitik	2	4	3	3	3	4	5	7	4	4	7	5	7	6	5	5	6	9	11	7	10	12
Staatsfinanzen	3	7	7	8	5	6	7	9	10	8	3	5	3	8	5	3	6	7	2	9	12	8
Jugendarbeitslosigkeit	-	1	1	2	2	4	4	7	11	11	10	7	7	6	10	6	8	11	9	7	9	7
Basis:	3986	2898	3031	2992	2141	2455	2427	2521	2486	2492	2451	2452	2022	1959	1979	1955	1974	1971	2010	2072	2063	2076

\*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen



# Die Herausforderungen in Deutschland Alte Bundesländer 1990-2011

... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Arbeitslosigkeit	31	30	31	58	63	58	80	77	84	69	64	55	71	73	75	80	79	64	51	55	64	53
Preis-/Kaufkraftentwicklung	5	15	10	11	7	8	4	5	4	2	5	14	12	9	9	11	10	16	37	13	22	31
Soziale Sicherung	2	2	2	10	5	7	8	6	9	6	6	7	7	11	11	7	9	7	12	12	17	24
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	5	7	7	9	10	17	14	14	23
Renten/Altersversorgung	6	3	3	11	10	11	19	17	16	11	19	16	13	19	22	14	20	19	24	9	19	18
Gesundheitswesen	-	2	5	12	5	2	3	5	6	2	6	5	5	16	15	8	15	13	12	10	21	17
Zuwanderung/Integration	7	44	73	35	28	23	20	17	14	10	12	13	15	7	7	6	15	8	10	8	9	17
Kriminalität	1	2	5	8	16	18	11	8	17	9	8	9	17	9	6	6	6	10	13	7	15	16
Umweltschutz	32	26	18	17	17	26	15	7	5	5	7	13	6	5	3	3	5	16	14	8	11	14
Wirtschaftliche Stabilität	-	5	5	12	13	6	6	7	5	4	4	4	11	16	17	12	7	5	6	38	27	14
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	10	8	9	7	13
Steuerpolitik	2	5	3	4	3	4	5	8	5	4	8	6	7	7	5	5	7	9	11	7	11	12
Politik/Regierung	1	1	3	3	4	1	1	3	3	2	4	3	6	6	8	8	5	6	9	10	10	11
Staatsfinanzen	3	8	8	10	6	7	8	10	11	9	3	5	4	8	6	3	6	7	2	10	13	8
Jugendarbeitslosigkeit	-	-	1	1	1	3	3	6	10	9	9	5	5	5	10	5	8	11	9	7	9	7
Basis:	2037	1942	2028	1997	1708	1945	1932	2002	1975	1979	1946	1952	1607	1557	1575	1560	1575	1575	1614	1666	1669	1723

\*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen



# Die Herausforderungen in Deutschland Neue Bundesländer 1990-2011

... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Arbeitslosigkeit	55	75	73	80	78	74	86	85	92	78	76	79	87	82	84	86	85	76	63	63	73	68
Preis-/Kaufkraftentwicklung	17	6	2	2	6	2	4	4	6	3	5	20	14	14	10	13	13	27	39	15	31	43
Soziale Sicherung	15	12	11	16	12	13	15	14	11	9	8	9	13	16	20	9	16	12	18	18	17	32
Gesundheitswesen	-	1	1	0	1	1	1	2	5	2	4	5	5	10	11	4	15	12	10	12	21	25
Bildungspolitik	3	2	1	1	1	1	0	0	2	3	2	3	4	3	6	5	9	8	16	13	13	22
Kriminalität	2	3	16	13	24	25	19	13	26	9	16	13	16	11	8	8	7	10	13	13	15	21
Politik/Regierung	6	3	4	5	2	0	2	3	4	1	4	2	7	11	6	8	9	10	12	12	12	17
Renten/Altersversorgung	6	6	3	4	5	6	8	7	7	7	8	11	6	13	12	6	12	11	17	9	17	16
Wirtschaftliche Stabilität	33	29	27	21	11	12	10	8	7	4	3	4	12	14	14	15	10	6	10	29	22	14
Umweltschutz	16	9	6	6	6	11	6	4	3	1	2	7	4	0	2	4	5	14	5	3	6	14
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	1	3	4	7	9	6	9	8	12
Zuwanderung/Integration	1	12	49	18	10	7	11	5	5	8	8	12	7	4	3	4	8	2	5	4	6	12
Steuerpolitik	0	1	1	1	1	2	3	4	2	3	3	4	4	2	3	3	3	5	8	5	7	11
Jugendarbeitslosigkeit	-	2	2	5	5	7	9	13	16	16	16	13	12	8	13	7	10	11	12	5	8	8
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	3	4	13	6	6	7
Basis:	1949	956	1003	995	433	510	495	519	511	513	505	500	415	402	404	395	399	396	396	406	394	353

\*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen